

Grundlagen für die Einschätzung von Alternativmodellen

Vorbemerkung

Die AG Modellvergleich der Akademie Solidarische Ökonomie (ASÖ) möchte Werkzeuge entwickeln, mit denen sich solche Gesellschaftsmodelle bewerten und kommentieren lassen, welche die Überwindung des kapitalistischen Systems zum Ziel haben. Dabei sollen Vor- und Nachteile der jeweiligen Modelle deutlich werden, indem sie möglichst objektiven, zumindest aber immer gleichen Kriterien unterzogen werden. Obendrein liefert eine Kurzbeschreibung je Modell kompakte Information, so dass sich der Kenntnisstand zu unterschiedlichen Alternativmodellen innerhalb der ASÖ verbessern kann.

Die Kapitel 1 und 2 des vorliegenden Textes befassen sich mit der Klarstellung begrifflicher Grundlagen des kapitalistischen Systems. Dabei geht es insbesondere auch um das Aufzeigen missverständlicher oder widersprüchlicher Definitionen, da diese immer wieder für Verwirrung sorgen. Umfassendere Einschätzungen – etwa zur Ideologie des kapitalistischen Systems usw. – erfolgen in dieser Schrift nur insofern, als dies für das Verständnis der Modelle nötig scheint (siehe dazu andere ASÖ-Papiere, z.B. „Wirtschaft neu denken“).

Das Kapitel 3 skizziert eine grobe Übersicht zu Konzepten und Denkweisen, die den heute diskutierten Alternativmodellen zugrunde liegen. Auch hier geht es wieder um kompaktes Überblickswissens und bestehende Zusammenhänge. Kapitel 4 schließlich befasst sich mit den Leitfragen für die Modelleinschätzung und ihrer Anwendung. Sie sollen an drei von der AG ausgewählten Modellen erprobt und verbessert werden. Damit endet die Arbeit der AG. Sollte das Ergebnis praktikabel ausfallen, stehen von da an Werkzeuge für die vergleichende Bewertung unterschiedlichster Alternativmodelle des öffentlichen Diskurses zur Verfügung.

Die Arbeit der AG läuft seit Mai 2014 und geht im Juni 2016 zu Ende. In der AG arbeiten mit (alphabetische Reihenfolge): Harald Bender, Gerhard Burow, Wolfgang Fabricius, Hans-Jürgen Fischbeck, Hans Murrl, Dietmar Poetzsch, Gisela Roghé, Klaus Simon.

Inhalt

1. Kapital
 - 1.1 Grundlegendes
 - 1.2 Geld und Geldkapital
 - 1.3 Sach- und Humankapital, weitere Kapitalbegriffe
 - 1.4 Kapital und Vermögen
 - 1.5 Zusammenfassung

2. Kapitalismus
 - 2.1 Kapitalismus als Wirtschaftsweise
 - 2.2 Kapitalismus als Gesellschaftsformation
 - 2.2.1 Markt
 - 2.2.2 Marktwirtschaft
 - 2.2.3 Kulturelle Ausprägungen
 - 2.3 Entwicklungsstufen des kapitalistischen Systems
 - 2.3.1 Handelskapitalismus
 - 2.3.2 Industriekapitalismus
 - 2.3.3 Finanzkapitalismus
 - 2.3.4 Globaler Finanzmarktkapitalismus
 - 2.4 Zusammenfassung

3. Überwindung des kapitalistischen Systems
 - 3.1 Ansätze „von oben“
 - 3.1.1 Nichtkapitalistische Marktwirtschaft
 - 3.2.1 Bedarfswirtschaft mit Geld als Information zur Zahlungsfähigkeit
 - 3.2.2 Entmonetarisierung
 - 3.3 Ansätze „von unten“
 - 3.3.1 Subsistenzwirtschaft
 - 3.3.2 Commons
 - 3.3.3 Solidarische Reproduktionsökonomie
 - 3.4 Zusammenhänge und Schlussfolgerungen

4. Einschätzung von Alternativmodellen
 - 4.1 Kurzbeschreibung
 - 4.2 Leitfragen
 - 4.2.1 Zur Form der Leitfragen
 - 4.2.2 Satz der Leitfragen

1. Kapital

1.1 Grundlegendes

Der Begriff *Kapital* (lat. *caput*: „Kopf“¹) ist weit älter als der Begriff *Kapitalismus* und hat verschiedene Bedeutungen. Umgangssprachlich ist bspw. von einem kapitalen Hirsch die Rede. Die Soziologie unterscheidet ökonomisches, soziales, kulturelles sowie symbolisches Kapital.² Bisweilen ist auch von Natur- oder Öko-Kapital die Rede (gemeint sind natürliche Ressourcen), ebenso von menschlichem Kapital: eine fragwürdige Ausweitung des Kapitalbegriffs auf alles, was nützlich erscheint.

In der Betriebswirtschaftslehre existieren ein enger und ein weiter Kapitalbegriff. Im engen Sinne meint hier Kapital einfach die Geldmittel, die im Unternehmen eingesetzt werden. Der weite (klassische) Begriff meint die abstrakte Wertsumme der Unternehmensbilanz und unterscheidet dabei zwischen Aktiv- und Passivpositionen.

Für makroökonomische Analysen ist der Kapitalbegriff in seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung von Interesse. Dabei gilt Kapital als der dritte Produktionsfaktor neben Arbeit und Boden bzw. Ressourcen. Es gibt auch hier ein weites und ein enges Verständnis. Im weiten Sinne wird unter Kapital „der Bestand an Produktionsausrüstung verstanden, der zur Güter- und Dienstleistungsproduktion eingesetzt werden kann (Kapitalstock)“; insbesondere zählt dazu auch Geld für Investitionszwecke. Zusätzliche Charakteristika für die Kapitaleigenschaft werden dabei nicht genannt.³

Der enge Kapitalbegriff in der VWL geht auf Marx zurück. Neben dem Einsatz von Geld- und Sachwerten zur Wirtschaftstätigkeit weist Kapital dabei noch eine weitere grundlegende Eigenschaft auf: die Erwirtschaftung von Mehrwert, welcher vom Kapitaleigner vereinnahmt wird. „Der ursprünglich vorgeschobne Wert erhält sich daher nicht nur in der Zirkulation, sondern in ihr verändert er seine Wertgröße, setzt einen Mehrwert zu oder verwertet sich. Und diese Bewegung verwandelt ihn in Kapital“.⁴ Die Entstehung des Mehrwerts erfolgt durch gesellschaftliche Arbeit. Der an die Erwirtschaftung von Rendite gebundene Kapitalbegriff ist keineswegs nur auf Marx beschränkt, sondern findet sich auch in der heutigen VWL: „Das Kapital wird nur gegen eine Nutzungsgebühr, den Kapitalzins, eingesetzt“.⁵

Kapital kann in verschiedenen Ausprägungen vorliegen (vgl. 1.2 und 1.3). Es unterscheidet sich grundsätzlich von der bloßen Anhäufung von Geld- und Sachwerten (Schatzbildung), da es nicht gehortet sondern im Gegenteil zum Zwecke künftiger Amortisation ausgegeben wird. Kapital dient einerseits der Vorfinanzierung der Wirtschaftstätigkeit. Ohne diesen Vorschuss wäre die derzeitige arbeitsteilige Produktion überhaupt nicht denkbar. Andererseits bildet der Kapitaleinsatz in der heutigen Volkswirtschaft die Voraussetzung für Einkommensbildung und Gewinnerwirtschaftung. Innerhalb der Realindustrie erfolgt dies vermöge Warenproduktion und Preisbildung, innerhalb der Finanzindustrie überwiegend durch Umverteilungsprozesse ohne reale Wertschöpfung. In beiden Fällen ist der Kapitaleinsatz an Marktprozesse gebunden.

¹ Die Römer schrieben die Summe in den Kopf einer Addition als *summa capitalis*.

² Vgl. z.B. Pierre Bourdieu. [http://de.wikipedia.org/wiki/Pierre_Bourdieu; 17.6.2014].

³ Gabler Wirtschaftslexikon: Kapital, Volkswirtschaftstheorie [<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/54789/kapital-v6.html>; 17.6.2014]

⁴ Karl Marx: *Das Kapital*. Erster Band, Berlin (DDR) 1962, S. 165. [www.mlwerke.de/me/me23/me23_161.htm#Kap_4_1; 13.5.2014]

⁵ Wikipedia: Kapital, Volkswirtschaftslehre [de.wikipedia.org/wiki/Kapital; 2.7.2014].

1.2 Geld und Geldkapital

Geld

„Da es keine eindeutige kompakte Definition von Geld gibt, behilft man sich damit, Geld über die Funktion zu definieren:

- Zahlungs- und Tauschmittel: Mit Geld ist man flüssig (liquide) – mit Geld als universellem Tauschgut können somit Konsumgüter und Investitionskapital besser von einem Eigentümer zum anderen fließen.
- Zähl- und Recheneinheit: Geld erlaubt es, Güter- und Vermögenswerte in einer einheitlichen Bezugsgröße auszudrücken und dadurch besser vergleichbar zu machen. Aus dieser Funktion ergibt sich die Aufgabe, Wertmaßstab zu sein.
- Wertaufbewahrung: Geld erleichtert das zeitliche Auseinanderfallen von Einnahmen und Ausgaben, da es nicht oder nur langsam auf natürlichem Wege verdirbt. Sparen und somit wirtschaftliches Wachstum ist ohne Geldwirtschaft ungleich schwieriger“.⁶

Neben den genannten drei ökonomischen Grundfunktionen wird dem Geld darüber hinaus auch eine soziale Funktion als Kommunikationsmedium zugeschrieben.⁷

Die genannte Wertmaßstab-Funktion des Geldes beruht auf einem Wert-Begriff, der den Geldausdruck eines Gebrauchswertes meint. Im Falle von Warenproduktion setzt sich der in Geld ausgedrückte Warenwert aus den Kosten direkter und indirekter Arbeit (einschl. Ressourcen und Infrastruktur) sowie dem Mehrwertanteil zusammen. Geld ist dann „selbst nur der nackte Ausdruck der gesellschaftlichen Arbeit, und die Menge des Werts, die in jeder Ware steckt, wird ausgedrückt durch die Menge Geld, für die die Ware verkauft wird“.⁸

Anders verhält es sich bei Spekulationsobjekten. Deren Geldwert hängt nicht von geleisteter Arbeit ab, sondern davon, was ein Käufer bei Kenntnis von Angebot und Nachfrage dafür zu zahlen bereit ist. Geld ist hierbei nicht zwingend ein Äquivalent gesellschaftlicher Arbeit.

Geldkapital

Im herrschenden Geldsystem besteht noch eine vierte ökonomische Geldfunktion: die Geldvermehrung in Form von Geldkapital. Aus Geld wird Geldkapital, wenn es langfristig zum Zweck der Wirtschaftstätigkeit und zur Gewinnerzielung eingesetzt wird (enge Kapitaldefinition, bei kapitalistischer Wirtschaftsweise überwiegend zutreffend). Geldkapital liefert in der Volkswirtschaft die notwendigen finanziellen Mittel als Vorschuss für die Produktion. „Wir können daher das Kapital als Promotionsfaktor bezeichnen, das heißt als Faktor, der nicht eine Produktionsleistung, wohl aber eine Promotionsleistung erbringt, und entsprechend einen Gewinn als Entgelt dafür erwarten darf“⁹ (Binswanger setzt hier ganz selbstverständlich den engen Kapitalbegriff voraus).

Die Promotionsleistung des Kapitals besteht in seinem bloßen Überlassen. Wer sein Geld als Geldkapital einsetzt, erhält bei gewinnbringender Absetzbarkeit der produzierten Waren und Dienstleistungen am Ende der Laufzeit dieses Geld *plus Rendite* zurück. Der Renditeerwartung für den bloßen Einsatz des Geldkapitals steht keine sonstige reale Leistung gegenüber, so

⁶ [www.bankenverband.de/downloads/wissens-wert/wissenswert-gesamt-19-12-2011.pdf; 15.09.2013]

⁷ Vgl. z.B. Wikipedia: Geldfunktion [de.wikipedia.org/wiki/Geldfunktion; 7.7.2014]

⁸ Rosa Luxemburg: Einführung in die Nationalökonomie, Berlin/DDR 1975, S. 731 [www.mlwerke.de/lu/lu05/lu05_731.htm; 23.7.2014].

⁹ Hans Christoph Binswanger: Die Wachstumsspirale, Marburg 2006, S. 366.

dass diese Form von Geldvermehrung bei positiven Produktionszyklen selbstbezüglich ist und in einen steten Wachstumszwang führt (der Renditeanteil muss zusätzlich erarbeitet werden, vgl. 2.1).

1.3 Sach- und Humankapital, weitere Kapitalbegriffe

Sachkapital und Kapitalstock

Der Begriff *Sachkapital* (auch *Realkapital*) bezeichnet die „Summe der Betriebsmittel (ohne immaterielle Teile wie Patente, Know-how) einer Unternehmung, z.B. Anlagen, Maschinen, Fahrzeuge“; auch Werkstoffe gehören nicht zu Sachkapital.¹⁰ Der Begriff *Kapitalstock* dagegen umfasst solche Wirtschaftsgüter mit, also insbesondere auch „Güter, die in einem früheren Produktionsprozess erzeugt wurden“.¹¹ Er bildet ein Maß für das Bruttoanlagevermögen von Unternehmen oder einer Volkswirtschaft.

Liegt Sachkapital als „durch Eigentumsrechte legalisierte Usurpation öffentlicher Güter“¹² vor (z.B. Großgrundbesitz, Förderrechte, ...), so ist die private Vereinnahmung der ökonomischen Renten oft auf lange Zeit gesichert und besonders deutlich als leistungslos erkennbar.

Humankapital

Humankapital meint „das auf Ausbildung und Erziehung beruhende Leistungspotenzial der Arbeitskräfte (Arbeitsvermögen). Der Begriff Humankapital erklärt sich aus den zur Ausbildung dieser Fähigkeiten hohen finanziellen Aufwendungen und der damit geschaffenen Ertragskraft“.¹³ Obwohl Humankapital innerhalb der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht als Vermögen ausgewiesen wird, kann sein Wert klar bezifferte Formen annehmen, z.B. bei einem Profi-Fußballspieler.

Fiktives Kapital

Kapital, das in den Ausprägungen Geld-, Sach- oder Humankapital vorliegt, hat sehr oft einen nur vagen Wert, der sich am erhofften Rendite-Ertrag orientiert. Man spricht dann von *fiktivem Kapital*. Dabei kann die Fiktion dramatische Korrekturen erfahren, z.B. der Wert einer griechischen Staatsanleihe 2010 oder der Wert von Aktien während der Finanzkrise 2008. Derartige Wertänderungen „stehen logischer Weise in keinem konsistenten Zusammenhang mit gleichlaufenden Wertänderungen von Sachkapital in der Realsphäre der Produktion – es handelt sich um bloße Preisänderungen für Eigentumstitel (,fiktives Kapital‘) [...]“.¹⁴

Es gibt ferner noch Sonderformen von Kapital, die im Sinne der engen (an Rendite orientierten) Kapitaldefinition gar nicht immer Kapital genannt werden können:

Solidarkapital

Eine solche Sonderform stellt das sog. *Solidarkapital* dar, wenn es nicht zum Zwecke der Renditeerwirtschaftung eingesetzt wird. Beispielsweise enthält das Genossenschaftsgesetz ein

¹⁰ <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/142147/realkapital-v7.html>; 16.7.2014

¹¹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Kapital>; 16.7.2014.

¹² Dirk Löh: Prinzip Rentenökonomie, Metropolis-Verlag, Marburg 2013, S. 133.

¹³ <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/54658/humankapital-v7.html>; 16.7.2014

¹⁴ Karl Mai: Vom Ursprung, Wesen und Untergang der Spekulationsgewinne [www.memo.uni-bremen.de; 28.9.2013].

Zinsverbot (§ 21). Bei durch Satzung nicht aufgehobenem Zinsverbot können die Mitglieder am Jahresende eine an der Inanspruchnahme der Genossenschaftsleistungen orientierte Rückvergütung erhalten, die vor Steuern ausgezahlt wird. Bei nicht oder nur zum Teil erfolgreicher Rückvergütung können Waren oder Dienstleistungen zu günstigeren Preisen abgegeben werden, weil sie nicht durch den Schuldendienst an interne oder externe Kapitalgeber belastet sind.

Öffentliches Kapital

Als weitere Sonderform von Kapital kann *Öffentliches Kapital* verstanden werden, das ohne Renditeerwirtschaftung z.B. für Infrastrukturzwecke oder in Form von zinslosen Darlehen eingesetzt werden kann – z. T. auch sogar mit Tilgungsaussetzung (z.B. Programme der damaligen „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ in der Bundesrepublik).

1.4 Kapital und Vermögen

Geldkapital ist Dreh- und Angelpunkt der kapitalistischen Produktion (im Verständnis der weiten Kapitaldefinition von industrieller Produktion überhaupt). Denn Geldkapital kann zwischenzeitlich in die Form von Sachkapital übergehen und auf diese Weise zukünftige Wirtschaftsleistung bewirken. Sachkapital kann aber durch Verkauf auch wieder in Geldkapital rückverwandelt werden. Durch diese Vielseitigkeit ist Geldkapital allen anderen Kapitalformen überlegen: Geldkapital dominiert Sachkapital.

Geldkapital kann insbesondere in privates Geldvermögen rückverwandelt und so vom Produktionsfaktor zum individuellen Vermögen werden (Geld- und Sachvermögen, in Summe Gesamtvermögen). Auch Einkünfte aus Lohnarbeit führen zu Vermögen. Vermögen ermöglichen Lebenschancen, denn sie haben für den Vermögenseigner eine Einkommens- und Nutzungsfunktion (z.B. Immobilien-Eigentum) sowie eine Sicherungsfunktion (Lebensunterhalt und Konsum im Falle von Einkommensausfall).

Allerdings sind die Vermögen extrem ungleich verteilt. 2007 verfügte die Hälfte aller Deutschen im Durchschnitt über kein individuelles Nettovermögen,¹⁵ dabei war 2013 fast jeder zehnte volljährige Erwachsene überschuldet (die durchschnittliche Schuldenhöhe betrug dabei 33.500 Euro).¹⁶ Während das Nettovermögen von neun Zehnteln der deutschen Bevölkerung schrumpft und viele Menschen dadurch von Zugangs- und Teilhabechancen ausgegrenzt sind, steigt das Vermögen des obersten Zehntels unentwegt. Und das oberste Prozent der Deutschen verfügt heute bereits über 35,7% allen Nettoprivatvermögens!¹⁷ Diese Großvermögen speisen sich aus Kapitaleinkünften. Sie garantieren Macht und sozialen Status für die Familie des Vermögenden und lassen sich durch Vererbung generationsübergreifend weitergeben.¹⁸

1.5 Zusammenfassung

Kapital dient der Vorfinanzierung der Wirtschaftstätigkeit sowie der Einkommensbildung und Gewinnerwirtschaftung. Das Ziel des Kapitaleinsatzes im kapitalistischen System besteht in

¹⁵ Vgl. Vgl. DIW Wochenbericht Nr. 4/2009, S. 59 [www.diw.de; 2.10.2013].

¹⁶ Das Soziale – in der Krise? Paritätisches Jahresgutachten 2014 [www.der-paritaetische.de; 2.10.2014].

¹⁷ Vgl. Vermögens- und Schuldenuhr [www.vermoegenssteuerjetzt.de; 25.10.2013].

¹⁸ Vgl. hierzu Markus M. Grabka und Christian Westemeier: „Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland“, in: DIW Wochenbericht 9/2014, S. 151

der Vermögensmehrung und nicht in der gesellschaftlichen Bedarfsdeckung – wobei beide Ziele in eins fallen können aber nicht müssen.

Für die derzeit weltweit praktizierte Wirtschaftsweise ist der Kapitalbegriff überwiegend im engen Sinne zutreffend, d.h. sein an die Erwirtschaftung von Rendite gebundenes Verständnis. Der dabei stattfindende einseitige Vermögensaufbau in den Händen der Kapitaleigner wirkt als gigantischer Motor von sozialer Ungleichheit und Marginalisierung.

Die parallele Verwendung des engen und weiten Kapitalbegriffs in der öffentlichen Diskussion birgt Missverständnis-Gefahren. Liegt der weite Kapitalbegriff zugrunde, wonach Kapital einfach nur der Vorfinanzierung der Produktion dient, so wird bspw. Dirk Löhrs Forderung einer Entkapitalisierung der künftigen Gesellschaft missverstanden (die Forderung würde dann bedeuten, die Wirtschaftstätigkeit nicht mehr vorzufinanzieren!). Liegt im umgekehrten Fall der enge, an Renditevereinnahmung gebundene Kapitalbegriff zugrunde, so wird die Rolle des öffentlichen Kapitals in einer nichtkapitalistischen Gesellschaftsformation missverstanden (allein der Name Kapital suggeriert ja dann die weitere Existenz von Rendite!).

Innerhalb der ASÖ sollten wir den Kapitalbegriff so verwenden, dass deutlich wird, ob er im engen oder weiten Sinne gemeint ist. Für die Beschreibung einer nichtkapitalistischen Wirtschaft erscheint der Begriff Kapital zumindest fraglich. Man kann ihn durch die Praxis der Renditevereinnahmung ähnlich diskreditiert sehen wie den im Grunde sinnvollen aber durch die DDR-Praxis diskreditierten Begriff Volkseigentum.

2. Kapitalismus

Der Begriff Kapitalismus im heutigen Sinne kommt erst im 19. Jahrhundert auf. Kapitalismus kann dabei eine profitorientierte Gesinnung meinen, ferner die historische Epoche nach dem Feudalismus sowie auch eine Wirtschaftsweise und Gesellschaftsformation.

Kapitalismus ist zwar ein gesellschaftliches Phänomen, doch kann dieses Phänomen nicht unabhängig von seiner materiellen Basis verstanden werden. Es ist strukturell durch die Stoffströme bestimmt, welche es der Biosphäre entnimmt und sich dienstbar macht. Mehr noch: Kapitalismus lässt sich – wie die Biosphäre selbst – als sog. dissipatives System beschreiben. Als eine Struktur also, welche sich durch die ständige Zufuhr geordneter, d.h. nutzbarer Energie aufrechterhält (Syntropie). Bei der Nutzung wird die zugeführte Energie zerstreut (dissipiert) und als ungeordnete, d.h. nicht mehr nutzbare Energie abgegeben (Entropie). Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum mit der industriellen Nutzung fossiler Brennstoffe der Übergang von der agrarisch-feudalen zur heutigen Struktur der kapitalistischen Industriegesellschaft überhaupt so rasant erfolgen konnte: der Syntropiezustrom wurde erheblich verstärkt und das System konnte dadurch in einen neuen Zustand eintreten: in den nunmehr kapitalistischen.¹⁹

2.1 Kapitalismus als Wirtschaftsweise

Kapitalismus als Wirtschaftsweise wird wie folgt charakterisiert: (1) Privateigentum an Produktionsmitteln, das die private Aneignung des entstehenden Mehrwertes ermöglicht, (2) dezentrale Planung des Wirtschaftsprozesses in Marktwirtschaften sowie rationale Arbeitsorganisation zur Gewinnerzielung, (3) das Vorherrschen von Großbetrieben und (4) die Dominanz des freien Unternehmertums.²⁰ Die marxistische Tradition charakterisiert Kapitalismus in Ergänzung zu (1) als eine „auf Warenproduktion, Marktwirtschaft, Investition von Kapital, Lohnarbeit und Profit beruhende Produktionsweise“.²¹

Nicht alle diese Merkmale sind wirklich bestimmend. So ist kapitalistische Produktion auch ohne Marktwirtschaft möglich (vgl. 2.2.2) und rationale Arbeitsorganisation gibt es außerhalb des Kapitalismus genauso. Auch das Vorherrschen von Großbetrieben ist kein notwendiges Merkmal (vgl. deutscher Mittelstand). Ebenso macht das in (1) genannte Privateigentum an Produktionsmitteln noch keinen Kapitalismus (z.B. bei einer genossenschaftlichen Wirtschaftsordnung). „Denn das prägende Merkmal des Kapitalismus ist nicht das Privateigentum an Produktionsmitteln, sondern der Vorrang der endlosen Kapitalakkumulation“.²²

Die private Aneignung des Mehrwerts – des Profits – ist also das entscheidende Merkmal jeder Form von Kapitalismus und somit das Hauptkriterium. Alles dreht sich um *Kapitalverwertung* (Vermehrung des vorgeschossenen Kapitals durch Vereinnahmung des Mehrwerts) und *Kapitalakkumulation* (Erweiterung des Kapitals durch erneute Reinvestition des vereinnahmten Mehrwerts). Kapital und Kapitalismus sind so auf das engste miteinander verbunden. Rendite und Privatisierung bilden die Leitprinzipien der kapitalistischen Wirtschaftsweise, aus welchen weitere Prinzipien erwachsen, z.B.:

¹⁹ Vgl. hierzu Hans-Jürgen Fischbeck: Kapitalismus als Strukturdeterminante der Biosphäre

²⁰ in Anlehnung an Gabler Wirtschaftslexikon: Kapitalismus
[wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/kapitalismus.html; 7.8.2014]

²¹ Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 7, Hamburg 2008, S. 238.

²² Gerhard Scherhorn, Geleitwort zu Dirk Löhr: Prinzip Rentenökonomie, Marburg 2013, S.11.

- *Profitmaximierung* (speziell in seiner Form als Shareholder Value): Das Ziel der Eigenkapitalrendite übersteuert alle anderen Ziele.
- *Externalisierung*: Gewinne werden privatisiert, ökologische und soziale Folgekosten werden auf Natur und Gesellschaft abgewälzt.
- *Deregulierung der Märkte*: „freies Spiel der Kräfte“ zum Durchsetzen der Kapitalinteressen.
- *Konkurrenz*: Verdrängungswettbewerb, Ausschalten von Mitbewerbern.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise entwickelt eine enorme Innovationskraft – und führt systembedingt allerdings auch zu zwei bedenklichen Resultaten:

Zum einen ist dies eine generelle *Tendenz zur Ungleichverteilung* gesellschaftlichen Reichtums. Die fortdauernde Kapitalakkumulation muss gesetzmäßig zur Anhäufung immer größerer Vermögen bei den Kapitaleignern führen. Das Vermögen des obersten Prozent in Deutschland nimmt mittlerweile jede Sekunde um 3.085 Euro zu!²³

Zum anderen ergibt sich ein stetiger *Zwang zu Wirtschaftswachstum*. Denn im Rahmen der Kapitalakkumulation wird das vermehrt zurückgekommene Kapital erneut investiert. Diese nun vermehrte Investition ist naturgemäß nur im Rahmen einer entsprechend vermehrten Wirtschaftstätigkeit möglich! Solange also Kapitalakkumulation stattfinden soll, muss unausweichlich die Wirtschaft wachsen. Und dieses fortdauernd erzwungene Wirtschaftswachstum lässt sich offenbar nicht von wachsendem Naturverbrauch entkoppeln – das belegt der dramatische Wert des weltweiten ökologischen Fußabdrucks. Es besteht somit ein ursächlicher Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftsweise und ökologischen Folgeschäden.

2.2 Kapitalismus als Gesellschaftsformation

Die kapitalistische Wirtschaftsweise braucht zum Funktionieren ein gesellschaftliches Umfeld, welches die Umsetzung ihrer Leitprinzipien ermöglicht:

- Ein Geldsystem, welches das Kapital- und Vermögenswachstum flexibel unterstützt.
- Eine Eigentumsordnung, welche die private Verfügungsmacht über Kapital und Vermögen einschließlich der Aneignung der daraus fließenden leistungslosen Einkünfte (Renditen) sicherstellt und verfassungsmäßig schützt.
- Eine regulierende Rechtsordnung, ferner die Bereitstellung öffentlicher Güter sowie einen geeigneten virtuellen Raum zum Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage (s.u.: Markt).

Zusammen mit diesem Umfeld wird aus der kapitalistischen Wirtschaftsweise ein sozio-ökonomisches System: eine Gesellschaftsformation, in welcher die Gesamtheit aller sozialen und ökonomischen Belange an der Logik der Kapitalverwertung ausgerichtet ist. Sowohl Geld- und Sachkapital als auch abgeleitete Prinzipien wie Konkurrenz usw. werden derart in Stellung gebracht (alloziert), dass sie besonders gut dem Ziel der Vermögensmehrung entsprechen. Anders formuliert: die Allokation von Gütern und Werten erfolgt nach Maßgabe der kapitalistischen Leitprinzipien. Sämtliche Lebensbereiche unterstehen dann dem Diktat der Kapitalinteressen.

²³ Initiative Vermögenssteuer jetzt.

2.2.1 Markt

„Der Begriff Markt bezeichnet in der Wirtschaft ganz allgemein den (realen oder virtuellen) Ort des Zusammentreffens von Angebot und Nachfrage von und nach einem Gut“. Dabei wird ein indirekter und zeitversetzter Tausch der Güter durch Geld als universelles Zwischentauschmittel ermöglicht. Man unterscheidet Faktormärkte (z.B. Arbeitsmarkt, Immobilienmarkt, Kapitalmarkt) und Gütermärkte (z.B. Konsumgütermarkt, Investitionsgütermarkt). Dabei erfüllt ein Markt folgende Funktionen: Versorgungsfunktion, Koordinationsfunktion, Preisbildungsfunktion und Verteilungsfunktion.²⁴ In höchstem Maße fragwürdig und dysfunktional sind Kapitalmärkte, weil dort das Tauschäquivalent Geld im Kern selbst zum Handelsobjekt wird. Aus der Chaostheorie ist bekannt, dass solche Systeme zu chaotischem Verhalten neigen.

2.2.2 Marktwirtschaft

Der Begriff Marktwirtschaft bezeichnet eine „Wirtschaftsordnung mit dezentraler Planung und Lenkung der wirtschaftlichen Prozesse, die über Märkte mittels des Preismechanismus koordiniert werden“. Die Marktteilnehmer treffen dabei ihre Entscheidungen über Angebot und Nachfrage im Rahmen eigener Zielvorstellungen.²⁵ Es handelt sich also um eine Organisationsform der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, bei der Güter und Leistungen nicht für den eigenen Verbrauch, sondern zum Tausch an einen Markt gestellt werden. Und über die Preisrealisierung am Markt erfolgen die Einkommensbildung sowie die erweiterte Reproduktion der Anbieter solcher Waren und Dienstleistungen.

Doch das ist nur die eine Seite, Marktwirtschaft aber umfasst zwei: „einerseits die Allokation und Verteilung individueller Güter durch Marktpreise und andererseits die Allokation und Verteilung öffentlicher Güter durch politische Entscheidungen“.²⁶ Diese Entscheidungen folgen Marktregeln, welche Nachteile wie zerstörerischen Wettbewerb oder Ballung wirtschaftlicher Macht zu vermeiden suchen. Während der Markt ein Ort der Begegnung ist, formuliert Marktwirtschaft also das Regelwerk, das für diese Begegnung gelten soll. Dabei geht es im Idealfall um liberale Regeln, die Chancengleichheit, freie Information und freien Wettbewerb sicherstellen sollen. Beim Zusammengehen von Marktwirtschaft mit kapitalistischer Wirtschaftsweise kommt es mit zunehmender Kapitalkonzentration allerdings zur Aushebelung dieser Grundsätze (vgl. 2.3.4).

Hinsichtlich des Verhältnisses von Marktwirtschaft und Kapitalismus bestehen zwei widersprüchliche Auffassungen, die nicht zugleich gelten können. Zum einen wird betont, dass in der Marktwirtschaft „die Verteilung der Entscheidungs- und Handlungsrechte durch das Rechtsinstitut des privaten Eigentums an Produktionsmitteln“ erfolgen würde. Vertreter dieser Auffassung sehen demzufolge Kapitalismus und Marktwirtschaft als quasi dasselbe an. Andere Auffassungen bestehen jedoch auf der Unterscheidung „zwischen der historisch älteren Marktwirtschaft und dem sich daraus entwickelnden Kapitalismus“ (Fernand Braudel).²⁷ Demnach ist sowohl „die Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – als sozialistische Marktwirtschaft“ wie auch „der Kapitalismus ohne Marktwirtschaft – als kapitalistische Zentralverwaltungswirtschaft – denkbar“.²⁸ Die Prinzipien von Marktwirtschaft lassen sich mit verschiedenen Wirtschaftsweisen kombinieren. Nochmals Gerhard Scherhorn: „Kapitalismus ist nicht

²⁴ Wikipedia: Markt [de.wikipedia.org/wiki/Markt; 11.9.2014].

²⁵ Gabler Wirtschaftslexikon: Marktwirtschaft [wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/marktwirtschaft.html; 7.8.2014].

²⁶ Wikipedia: Marktwirtschaft [de.wikipedia.org/wiki/Marktwirtschaft; 10.8.2014].

²⁷ Wikipedia: Marktwirtschaft [de.wikipedia.org; 15.1.2015].

²⁸ Ebd.

dasselbe wie Marktwirtschaft. Für beide ist zwar das Privateigentum an den Produktionsmitteln zentral. Beim Kapitalismus kommt aber eins hinzu: Der Vorrang der endlosen Kapitalakkumulation“.²⁹ Marktwirtschaft mit ihren wesentlichen Merkmalen dezentrale Planung und Lenkung sowie Koordinierung der wirtschaftlichen Prozesse über Märkte ist offensichtlich unabhängig von der zugrundeliegenden Wirtschaftsweise und insofern nicht zwingend mit Kapitalismus verbunden. In der Praxis ist die kapitalistische Wirtschaftsweise auch tatsächlich schon ohne Marktwirtschaft aufgetreten:

Staatliche Kommandowirtschaft

Die Ausnahmesituation der deutschen Kriegswirtschaft im Dritten Reich belegt, dass die kapitalistische Wirtschaftsweise auch unter den Bedingungen von Diktatur und Kommandowirtschaft arbeitsfähig ist. Während Geldsystem und Eigentumsordnung wie auch das Prinzip privater Profitaneignung unangetastet blieben, waren marktwirtschaftliche Prinzipien nur rudimentär vorhanden und im Bereich der kriegswichtigen Produktion völlig außer Kraft gesetzt – was von einigen NS-Größen als bolschewistische Wirtschaftslenkung kritisiert wurde.³⁰

Dessen ungeachtet ist Marktwirtschaft normalerweise der Wunschpartner kapitalistischer Wirtschaftsweise. Sie kann dabei unterschiedlich ausgeprägt sein:

Freie Marktwirtschaft

„Im Modell der Freien Marktwirtschaft wird allein durch den Markt bestimmt, was produziert und konsumiert wird, in welcher Menge und zu welchem Preis. [...] Eine völlig freie Marktwirtschaft ist allerdings nur eine Abstraktion. In der wirtschaftspolitischen Praxis liegt in allen Ländern mehr oder weniger eine staatliche Marktregulierung vor“.³¹ So wird unter Freier Marktwirtschaft eher ein Wirtschaftsmodell verstanden, in welchem der Staat verhältnismäßig wenig regulierend eingreift – und vor allem nicht unter sozialen Gesichtspunkten.

Soziale Marktwirtschaft

Bei Sozialer Marktwirtschaft dagegen regelt der Staat über seine Mindestaufgaben hinaus das Wirtschaftsgeschehen „durch konjunkturpolitische, wettbewerbspolitische und sozialpolitische Maßnahmen. [...] Ziel der Sozialen Marktwirtschaft ist größtmöglicher Wohlstand bei bestmöglicher sozialer Absicherung“.³² Ein bedeutsames Beispiel für Soziale Marktwirtschaft ist der amerikanische New Deal. Noch bis in die 1970er Jahre wurde mit hohen Spitzensteuersätzen (z.T. über 90 %³³) das Einkommen des obersten Zehntels der US-Bürger stabil auf ein Drittel beschränkt,³⁴ was in der Mittel- und Unterschicht zu unglaublicher sozialer Wohlfahrt führte. Die private Profitaneignung – das Hauptmerkmal des Kapitalismus – war also nicht etwa negiert, wohl aber im Ausmaß begrenzt. Auch die deutsche Soziale Marktwirtschaft ist durch hohe Einkommen- und Körperschaftsteuern bei zugleich geringen Lohnsteuern gekennzeichnet gewesen. Ihr sang- und klangloses Ende wird anhand einer Trendumkehr sichtbar: die Kurven von Einkommen- und Körperschaftsteuern schneiden sich 1969 und sind

²⁹ Kapitalismus zugunsten der Natur umkrepeln [www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3; 15.1.2015].

³⁰ Wikipedia: Wirtschaft im nationalsozialistischen Deutschland [de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaft_im_nationalsozialistischen_Deutschen_Reich; 10.8.2014].

³¹ Wikipedia: Marktwirtschaft [de.wikipedia.org/wiki/Marktwirtschaft; 10.8.2014].

³² Ebd.

³³ Wikipedia: Income tax in the United States, [en.wikipedia.org; 4.10.2013].

³⁴ Anthony B. Atkinson u.a.: Top Incomes in the Long Run of History, Journal of Economic Literature, Vol. XLIX (March 2011), S.6.

bereits 1972 völlig ins Gegenteil verkehrt.³⁵ Der Grund liegt in der damals beginnenden Internationalisierung der Märkte, welche Rücksichtnahmen auf die Binnen-Nachfrage zunehmend entbehrlich machten.

Für die Beschreibung einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsordnung erscheint der Begriff Marktwirtschaft wegen seiner häufigen Verwendung als Synonym von Kapitalismus missverständlich. Es sollte konsequent von nicht-, post- oder nachkapitalistischer Marktwirtschaft gesprochen werden.

2.2.3 Kulturelle Ausprägungen

Kapitalismus als Gesellschaftsformation umfasst auch kulturelle Phänomene. Denn die kapitalistische Wirtschaftsweise braucht zu ihrem Funktionieren ein gesellschaftliches Bewusstsein, das den kapitalistischen Prinzipien zur allgemeinen Akzeptanz verhilft (indem bspw. Konkurrenz als natürlich und erstrebenswert dargestellt wird). Weiterhin gehört hierzu die fortwährende Suggestion, das Glück bestünde im Erwerb materieller Güter. Das Ergebnis ist ein kulturell bedingter Wachstumszwang.

Der Konsum in unserer Kultur dient nicht selten der Demonstration des eigenen Status oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe. „Konsum ist somit von einem Wettbewerb geprägt, in dem es um einen höheren Platz innerhalb einer sozialen Hierarchie geht und Gewinne für den Einzelnen nur durch die Verluste von anderen möglich sind. Ein zunächst erheischter Vorsprung erodiert mit der Anzahl jener Personen, die zunächst übertroffen wurden, aber infolge weiteren Wachstums aufholen oder gleichziehen. Bereits die Verteidigung, erst recht aber die Wiedererlangung oder gar Steigerung einer sozialen Position, setzt somit ständig neue Kaufhandlungen voraus“.³⁶

Genau wie beim strukturellen Wachstumszwang führt die Dynamik dieser Art von Konsum in einen Spirallauf. Es ist ein immer höherer Konsumaufwand nötig – und damit entsteht jene stetig wachsende Nachfrage, welche auf Grund des strukturellen Wachstumszwangs benötigt wird, um das kapitalistische System am Leben zu halten. Um wenigstens ein lineares Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten, mussten die Bürger veranlasst werden, einerseits entsprechend intensiv zu produzieren und andererseits ebenso intensiv zu konsumieren. Auf der Seite der Produzenten wurde die Produktivität durch Rationalisierung, Automatisierung und Erhöhung der Arbeitsintensität gesteigert. Auf der Seite der Konsumenten folgte, als in den 1950er Jahren die Bedarfsdeckung weitgehend erreicht war, über immer raffiniertere Werbung eine Bedarfsweckung. Dazu kam die Ex-und-Hopp-Produktion (es wurden in die Produkte gezielt Verschleißfaktoren eingebaut sowie Einweg- und Wegwerfartikel produziert). Um mehr kaufen zu können, sollten die Konsumenten sich verschulden (selbst zinsfreie Kredite wurden und werden gewährt). Auch wurden Gesetze erlassen, um die Menschen zum Kauf zu animieren (z.B. Abwrackprämie).

2.3 Entwicklungsstufen des kapitalistischen Systems

Der Kapitalismus als Gesellschaftsformation hat eine Reihe von Entwicklungsstufen durchlaufen. Diese Entwicklung dauert noch immer an. Dabei hat sich das System immer wieder gewandelt. Die wichtigsten Etappen:

³⁵ Horst Afheldt: *Wirtschaft, die arm macht*, München 2003, Grafik C, S.38.

³⁶ Niko Paech: *Befreiung vom Überfluss*, München 2012, S.111.

2.3.1 Handelskapitalismus

Mit Aufkommen des Fernhandels entstanden bereits ab dem 13. Jahrhundert Handelsgesellschaften, die dem Hauptmerkmal der kapitalistischen Wirtschaftsweise entsprachen: der privaten Aneignung des Profits. Geldkapital wurde dabei in Warenkapital überführt, und der Profit entstand durch gewinnbringenden Verkauf. Auch der Geldverleih gegen Zins (frühe Banken, z.B. in Oberitalien) war eine Form kapitalistischen Wirtschaftens. Als Gesellschaftsformation war Kapitalismus zu dieser Zeit aber noch nicht existent.

2.3.2 Industriekapitalismus

„Der Industriekapitalismus nahm seinen Ausgang in dem Ende des 18. Jahrhunderts entstehenden Fabrikssystem, und zwar in den Baumwollspinnereien Englands“³⁷ (lat. *industria*: Betriebsamkeit, Fleiß). Sein Aufkommen ist untrennbar mit der industriellen Revolution verbunden und führte in eine völlig neue gesellschaftliche Situation. Produktion und Reproduktion waren von da an getrennt: Menschen produzierten nicht mehr für den eigenen Bedarf, sondern für den Markt. Auch die Kapitalverwertung geschah auf eine neue Weise: nicht mehr allein durch gewinnbringenden Handel, sondern auch und vor allem durch Vereinnahmung des durch Arbeit entstehenden Mehrprodukts wie auch der Renditen aus okkupierten Ressourcen (z.B. Bodenschätzen).

Die Fabriken wurden „für eine neue Klasse ‚industrieller Kapitalisten‘ zu Profit generierenden Anlageobjekten. In ihnen erstellten Lohnarbeiter in einer neuen, maschinenvermittelten Arbeitsteilung ein ‚gesellschaftliches‘ Produkt“.³⁸ Das in 2.2 genannte gesellschaftliche Umfeld der kapitalistischen Wirtschaftsweise formierte sich in den bürgerlichen Nationalökonomien im Lauf des 19. Jahrhunderts, es entstand die kapitalistische Gesellschaftsformation.

2.3.3 Finanzkapitalismus (auch Monopolkapitalismus oder Managerkapitalismus)

Der Begriff Finanzkapitalismus geht auf Rudolf Hilferding zurück (vgl. 1.2). „Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Rolle von Bankiers und Financiers zunehmend bedeutender. Monopole und Kartelle häufen sich; die Unternehmenseigentümer delegieren den Produktionsprozess an Manager. Das Bankensystem, die Unternehmensverflechtungen und der Aktienmarkt werden zunehmend komplexer [...] Schon vor dem ersten Weltkrieg hatte sich ein Finanzkapitalismus entwickelt, der keiner Kontrolle unterlag“.³⁹ „Die Erscheinung des Finanzkapitals ist eines der typischen Kennzeichen des Kapitalismus, bes. des Spätkapitalismus, erwachsend aus der Konzentrationstendenz im Bankwesen und Versicherungswesen“.⁴⁰ Und die ursprünglichen Verelendungstendenzen der arbeitenden Klasse wichen nun einer zunehmenden Teilhabe an den Wohlstandsgewinnen (Fordismus), der Finanzkapitalismus konnte zur dominierenden Gesellschaftsformation des 20. Jahrhunderts werden.

Bezeichnend für den Finanzkapitalismus ist der hohe Anteil externen Kapitals in den Unternehmen. So lag 1980 die Finanzierungsstruktur des Unternehmenssektors der G7-Staaten bei 36% Aktien, 42% Kredite + Anleihen sowie 22% sonstige.⁴¹ Zwischen Unternehmen und kreditgebenden Banken bestand ein Beziehungsgeflecht, beide Seiten waren gemeinsam am Markterfolg der Produkte interessiert. Der Anteil der materiellen Produktion am BIP lag im

³⁷ Wikipedia: Kapitalismus [de.wikipedia.org/wiki/Kapitalismus; 10.8.2014].

³⁸ Ebd.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Gabler Wirtschaftslexikon: Finanzkapital
[wirtschaftslexikon.gabler.de/ Definition/finanzkapital.html; 12.9.2014]

⁴¹ www.bpb.de/system/files/pdf/KNEL4J.pdf; 12.9.2014.

klassischen Finanzkapitalismus bei rund drei Viertel und betrug 1961 in Deutschland immerhin noch 55,7%.⁴² Der Gütermarkt hatte eine zentrale Stellung, andere Märkte wie etwa der Kreditmarkt oder der Arbeitsmarkt hingen von ihm ab.

2.3.4 Globaler Finanzmarktkapitalismus (das derzeitige Entwicklungsstadium)

Der Begriff Finanzmarktkapitalismus stammt von Paul Windolf und trägt einer grundlegenden Wandlung des kapitalistischen Systems Rechnung. Dabei treten – beginnend ab etwa 1980 – stark veränderte Merkmale auf:

- *Wertschöpfungsstruktur*: der Anteil materieller Produktion am BIP ist in den westlichen Industriestaaten nur noch gering (Deutschland 26,2 %, Großbritannien 16,5 %, Frankreich 12,6%).⁴³
- *Rangfolge der Märkte*: die Finanzmärkte bestimmen nun die Abläufe auf allen anderen Märkten. Nicht mehr der Bankkredit, sondern die Aktie ist das dominante Finanzierungsinstrument.⁴⁴ Dementsprechend ist der Aktienanteil im Unternehmenssektor der G7-Staaten 2000 auf nunmehr 55% gestiegen.⁴⁵
- *Globalisierung*: Abbau von Handelsschranken, weltweit agierendes Kapital sowie neue Transport- und Kommunikationstechnologien. Damit gelang eine entscheidende Optimierung der Kapitalverwertungsbedingungen; das Kapital kann weltweit ausweichen und sich den Regulierungsversuchen nationalstaatlicher Politik mühelos entziehen.

Im globalen Finanzmarktkapitalismus stellt Rendite (allem voran Aktienrendite) die überwiegende Form privater Profit-Aneignung dar. Windolf nennt institutionelle Investoren wie Hedgefonds, Versicherungen und Pensionsfonds die *neuen Eigentümer*. In den USA hielten solche Investoren 1965 11% des Aktienkapitals an den 1000 größten Aktiengesellschaften, 2009 aber lag dieser Anteil bei 73%.⁴⁶ Institutionelle Investoren sehen sich gegenüber den Unternehmen zu keiner Loyalität verpflichtet. Sie durchleuchten deren Finanzindikatoren in kommerziellen Datenbanken, erzwingen kurzfristige Strategien der Profitmaximierung und Renditensteigerung, schöpfen ab und steigen danach wieder aus. „Die Kontrolle, die durch Finanzmärkte ausgeübt wird, ist abstrakt, anonym und sachlich, d.h. sie erscheint nicht als persönliche Abhängigkeit, sondern durch anonyme und globale Marktkräfte vermittelt“.⁴⁷ Rolf E. Breuer, ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank präziserte 2000: „Die autonomen Entscheidungen, die Hunderttausende von Anlegern auf den Finanzmärkten treffen, werden im Gegensatz zu Wahlentscheidungen nicht alle vier oder fünf Jahre, sondern täglich gefällt, was Regierungen ständig unter einen erheblichen Erklärungszwang setzt. [...] Anleger müssen sich nicht mehr nach den Anlagemöglichkeiten richten, die ihnen ihre Regierung einräumt, vielmehr müssen sich die Regierungen nach den Wünschen der Anleger richten“.⁴⁸

Die ökonomische Transformation vom Finanzkapitalismus zum Finanzmarktkapitalismus wird am bisher ungekannten Begriff *Finanzindustrie* deutlich. Dieses Industriesegment umfasst finanzielle Dienstleistungen aller Art und generiert in den USA bereits ein Drittel aller

⁴² Vgl. Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Februar 1962, S. 5.

⁴³ Vgl. *News aktuell*: Produzierendes Gewerbe erwirtschaftete 2011 ..., 02.11.2012 [www.presseportal.de; 12.1.2014].

⁴⁴ Vgl. Paul Windolf: Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus?, S. 23 [www.uni-trier.de; 2.10.2014].

⁴⁵ www.bpb.de/system/files/pdf/KNEL4J.pdf; 12.9.2014.

⁴⁶ Vgl. Vgl. Paul Windolf: Institutionelle Eigentümer im Finanzmarktkapitalismus [www.bag-linke-unternehmer.de; 28.9.2013].

⁴⁷ Vgl. Paul Windolf: Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus?, S.1 [www.uni-trier.de; 2.10.2014].

⁴⁸ *Die Zeit*: „Die fünfte Gewalt“, 27.April 2014 [www.zeit.de; 2.10.2014]

Unternehmensgewinne.⁴⁹ Zur „alten“ (Real)Industrie ist nun diese „neue“ (Finanz)Industrie hinzugekommen – und der neue Begriff ist den veränderten Gegebenheiten des kapitalistischen Systems durchaus adäquat. Es geht in dieser „neuen“ Industrie um Finanzdienstleistungsprodukte, die hauptsächlich zur Umverteilung innerhalb der Zirkulationssphäre führen: um Gewinn ohne Mehrwert – oft auf Kosten der Realindustrie. So z.B. bei der Zerschlagung von Unternehmen durch Hedgefonds oder Private-Equity-Firmen: Sie „zerlegen diese aufgekauften Unternehmen und verkaufen sie, nachdem zuvor die Kredite der Hedgefonds den zerlegten Unternehmen aufgezwungen wurden“.⁵⁰

Wie schon in der Phase des Finanzkapitalismus kommt es nun nochmals zu einer Machtkonzentration – diesmal zu einer extremen: 1318 Konzerne kontrollieren nach einer Studie der ETH Zürich 80% aller internationalen Umsätze. Von diesen wiederum üben nur 147 Konzerne eine rund 40%ige Kontrolle über alle international tätigen Unternehmen aus; drei Viertel von ihnen sind Finanzinstitute. Unter den 50 einflussreichsten Superunternehmen sind 49 Finanzkonzerne.⁵¹

2.4 Zusammenfassung

Der Begriff Kapitalismus meint eine Wirtschaftsweise. Deren wesentlichstes Kriterium ist die private Vereinnahmung von Profiten durch die Kapitaleigner. Zusammen mit Geldsystem, Eigentumsordnung und regulierender Rechtsordnung wird daraus eine Gesellschaftsformation, in welcher die Gesamtheit aller sozialen und ökonomischen Belange an der Logik der Kapitalverwertung ausgerichtet ist. Dabei ist der Vorzugspartner kapitalistischer Wirtschaftsweise die Marktwirtschaft. Allerdings kann Marktwirtschaft auch zusammen mit anderen Wirtschaftsweisen auftreten.

Die Ökonomie (griech. *oikonomia*: *oikos*, „das Haus“ und *nomos* „Gesetz“) soll eigentlich der planvollen Deckung des menschlichen Bedarfs „im gemeinsamen Haus“ dienen. Doch wegen der Dominanz des Geldkapitals kann im Kapitalismus das Hauptziel allen Wirtschaftens nicht die Bedarfsdeckung sein – und die Kapitalverwertung nur ein Mittel dazu. Sondern zum Hauptziel wird die Kapitalverwertung – und die Bedarfsdeckung ist nur noch ein Mittel.

Die derzeitige Entwicklungsstufe des globalen Finanzmarktkapitalismus lässt sich auf der Grundlage klassischer (z.B. marxistischer) Kapitalismusauffassungen gar nicht mehr verstehen. Es herrschen völlig veränderte Gegebenheiten. Die Finanzmärkte mit ihren chaoträchtigen nichtlinearen Entwicklungen kontrollieren die großen Unternehmen: Finanzkonzernen und Fonds halten die Aktienmehrheit (meist kürzer als ein Jahr) und zwingen zur kurzfristigen Gewinnmaximierung. Zugleich kommt es zur Erosion wesentlicher Systemkomponenten: Die marktwirtschaftlichen Grundsätze der Chancengleichheit und des freien Wettbewerbs sind durch die Machtkonzentration der großen Finanzkonzerne praktisch außer Kraft gesetzt. Ebenso die demokratische Ordnung, eine Minderheit von Großvermögenseignern herrscht über die Welt. Aktivitäten der Finanzindustrie wie etwa Finanzwetten oder das Absaugen von Unternehmensvermögen durch Heuschreckenkapital sind offen als volkswirtschaftlicher Irrsinn erkennbar und bestimmen zugleich das Wirtschaftsgeschehen, als sei das ganz normal.

⁴⁹ Vgl. Kathleen Madigan: Like _e Phoenix: U.S. Finance Profits Soar, *Real Time Economics*, 25.3.2011 [blogs.wsj.com/economics; 27.9.2013].

⁵⁰ Karl Mai: Vom Ursprung, Wesen und Untergang der Spekulationsgewinne [www.memo.uni-bremen.de; 28.9.2013].

⁵¹ Vgl. S. Vitali u.a.: e network of global corporate control [arxiv.org/pdf/1107.5728.pdf; 28.9.2013].

3. Überwindung des kapitalistischen Systems

Überlegungen zur Überwindung des kapitalistischen Systems müssen wohl mit der Frage beginnen, ob und wie sich dieses System überhaupt überwinden lassen wird. Die Geschichte lehrt, dass sich ein stabiles System nicht überwinden lässt (vgl. das Resultat der DDR-Volksaufstände 1953 und 1989). Indessen: es mehren sich die Anzeichen, dass es zur Destabilisierung des kapitalistischen Systems kommen wird. Man kann dies aus dem Zusammentreffen sich gegenseitig verstärkender Krisen schließen (Finanzkrise, Schuldenkrise, Ernährungskrise, Migrationskrise, gestörte Ökosystemdienstleistungen, ...). All diese Krisen sind unmittelbar durch das kapitalistische System selbst verursacht. Der riesige Vermögensaufbau großer Kapitaleigner infolge Kapitalakkumulation führt zum Aufbau ebenso riesiger Verschuldung der Gesellschaft (im herrschenden Geldsystem steht den Guthaben systemnotwendig eine entsprechende Kreditschuld gegenüber). Damit geht die Verarmung immer größerer Teile der Menschheit einher, die Folgen sind soziale Ungleichheit bis hin zu Hungertod und Migration. Und der strukturelle Wachstumszwang des Systems (vgl. 2.1) muss notwendig zu immer massiveren Störungen des Ökosystems führen, da sich wachsende Wirtschaftstätigkeit trotz aller Bemühungen nicht von wachsendem Naturverbrauch entkoppeln lässt.

So werden also die unproduktiven Kosten für das Krisenmanagement immer höher (z.B. Stabilisierung des Bankensystems, Sicherung der Zahlungsfähigkeit ganzer Staaten, Beherrschen der Migrationsströme, Eindämmen ökologischer Schäden usw.). Und obendrein ist die ständige Steigerung der Syntropiezufuhr durch Kohle-, Öl- und Gasförderung für die Stabilität des Systems erforderlich – doch schlagen Erschließungs- und Förderkosten immer stärker zu Buche, da sie mit zunehmender Rohstoff-Verknappung steigen. Das alles sind Aufwände, die die kapitalistische Stabilitätsmulde erheblich abflachen. Die Kosten der Stabilisierung werden immer höher, bis es eines Tages nicht mehr gelingt, ein „Überspülen des immer flacher werdenden Dammes“ zu verhindern.⁵²

Spätestens dann aber ist Orientierung nötig, wohin eigentlich die Gesellschaft sich nun entwickeln sollte. Also: Was wäre denn die Alternative? Der öffentliche Diskurs kennt verschiedene Alternativen zum kapitalistischen System. Zu den wesentlichen Konzepten und Denkweisen, die den Alternativen zugrunde liegen, soll in diesem Kapitel ein grober Überblick skizziert werden (von der Betrachtung ausgeschlossen bleiben proletarische Revolution und staatliche Planwirtschaft, die nach unserer Meinung zu einer nicht erstrebenswerten Form der Überwindung des Kapitalismus geführt haben).

Alternativkonzepte zum kapitalistischen System müssen aus der privaten Profitaneignung herausführen. Denn wenn diese Aneignung das entscheidende Merkmal jeder Form von Kapitalismus ist (vgl. 2.1), dann ist deren Überwindung das entscheidende Merkmal jeder Form nichtkapitalistischer Systeme (das gilt insbes. auch für die verschiedenen Ausprägungen Solidarischer Ökonomie, die alle gemeinsam „nicht den individuellen Vorteil und Profitstreben zum Ziel haben ...“⁵³).

Darüber hinaus müssen solche Konzepte zukunftsfähig sein, d.h. auf die sozialen und ökologischen Fragen unserer Epoche angemessene Antworten geben. Dies bedeutet zum einen, dass sie aus der Wachstumsökonomie herausführen müssen, denn ein nachhaltiger Umgang mit der Erde erlaubt offensichtlich kein weiteres Wirtschaftswachstum (bis heute ist keine weltweite

⁵² Vgl. hierzu Hans-Jürgen Fischbeck: Kapitalismus als Struktur determinante der Biosphäre

⁵³ So z.B. Fairbindung e.V.: Was ist Solidarische Ökonomie? [www.fairbindung.org; 5.9.2013].

Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturzerstörung gelungen). Und es bedeutet zum anderen, dass die Konzepte auch in sozialer Hinsicht nachhaltig sein müssen, wie dies bspw. in der UN-Agenda 2030 formuliert ist: Armut abschaffen, Hunger beenden, gesundes Leben für alle, ...⁵⁴ Die im Rahmen sozialer Nachhaltigkeit formulierten Ziele betreffen nicht nur gegenwärtig lebende Menschen, sondern beziehen künftige Generationen ausdrücklich mit ein (intergenerationelle Verteilungsgerechtigkeit).⁵⁵ Eng mit sozialer Nachhaltigkeit verbunden ist der Begriff des Gemeinwohls, der einen Gegenbegriff zu bloßen Einzel- oder Gruppeninteressen innerhalb einer Gemeinschaft darstellt.⁵⁶

Lebensdienliche Alternativ-Modelle zum Kapitalismus werden also generelle Merkmale aufweisen müssen: keine Profitaneignung, keinen Wachstumszwang sowie ökonomische und vor allem ökologische und soziale Nachhaltigkeit. Insofern stellen Alternativen zum kapitalistischen System all jene Gewohnheiten zwingend infrage, welche geradewegs in die kapitalistische Wirtschaftsweise führen oder Nachhaltigkeitskriterien verletzen (z.B. der individuelle Wunsch grenzenlosen Reichtums oder grenzenlosen Konsums). Diese Infragestellung muss von der Gesellschaft mehrheitlich getragen werden, anders finden die Alternativen keine Akzeptanz. Somit hängt die Umsetzung aller zu betrachtenden Modelle in immer gleicher Weise von zwei wesentlichen Voraussetzungen ab:

- Es muss gelingen, menschliche Eigenschaften wie Mitgefühl und Kooperationswillen ebenso selbstverständlich zur Grundlage des künftigen nichtkapitalistischen Systems zu machen, wie es dem kapitalistischen System gelungen ist, menschliche Eigenschaften wie Selbstsucht und Konkurrenzstreben für sich zu rekrutieren. Denn es kann keine demokratisch legitimierte Transformation in Richtung einer nichtkapitalistischen Gesellschaftsformation geben, ohne dass der mehrheitliche Bewusstseinsstand dem entspricht.
- Das staatliche und institutionelle Umfeld des künftigen nichtkapitalistischen Systems muss die genannte Bewusstseinsentwicklung unterstützen (z.B. Schulbildung) und insbesondere auch Selbstorganisation aus Keimzellen zulassen und fördern, also Freiräume für bürgerschaftliches Engagement schaffen.

Über diese gemeinsamen Merkmale hinaus gibt es unterschiedliche Auffassungen innerhalb der verschiedenen Denkrichtungen. Zum einen darüber, wie die Konzepte funktionieren sollen: „von unten“ (Selbstorganisation) oder „von oben“ (institutionelle Innovationen). Und die institutionellen Innovationen schließlich können in mindestens zwei verschiedene Zielsysteme führen: in eines mit Marktregeln (3.1) sowie in eines jenseits von Markt (3.2).

3.1 Nichtkapitalistische Marktwirtschaft

Das Konzept einer nichtkapitalistischen Marktwirtschaft hat die Auffassung zur Grundlage, dass heutige Marktwirtschaft nicht deshalb kapitalistisch ist, weil sie Marktregeln formuliert, sondern weil diese Regeln auf den fortwährenden Kapitalakkumulationsprozess zugeschnitten sind (vgl. 2.2.2). Unter dieser Auffassung wird eine Überwindung des Systems durch Veränderung der Regeln denkbar.

⁵⁴ Vgl. z.B. [www.bmub.bund.de/themen/strategien-bilanzen-gesetze/nachhaltige-entwicklung/2030-agenda/; 8.10.2015].

⁵⁵ Vgl. Soziale Nachhaltigkeit [de.wikipedia.org/wiki/Soziale_Nachhaltigkeit; 8.10.2015].

⁵⁶ Vgl. Gemeinwohl [de.wikipedia.org/wiki/Gemeinwohl; 8.10.2015].

3.1.1 Entkapitalisierung der gesamten Gesellschaft

Will man sich eine nichtkapitalistische Gesellschaft unter marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorstellen, so sind institutionelle Innovationen nötig, welche genau diese endlose Kapitalakkumulation grundsätzlich verhindern. Grob umrissen sind das:

1. **Gesetze und eine Exekutive**, welche die private Aneignung von Gewinn-Prozenten jeder Art (=Rendite) sowie auch Bezüge oberhalb eines Höchsteinkommens unterbinden.
2. Eine **Eigentumsordnung**, die zwar Privateigentum als wesentliche Voraussetzung persönlicher Freiheit respektiert, oberhalb vereinbarter Grenzen aber keine privaten Vermögenswerte erlaubt. Ein wesentlicher Teil heute privatisierter Güter wird in Gemeingut zurückzuführen sein: z.B. Umweltressourcen und ab einer bestimmten Größe auch Grundbesitz, ebenso Patente wie etwa Saatgut sowie Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge.
3. Ein **Geldsystem**, das ohne Zins zum Geldumlauf motiviert (z.B. negative Zinstreppe) und Geld auch ohne Schuld in Umlauf bringt: nichtkreditweise oder zumindest ohne Kreditzins. Banken können kein Giralgeld mehr schaffen (Vollgeldsystem).
4. **Nichtkapitalistische Unternehmensformen**: Privateigentum an Produktionsmitteln bleibt zwar unterhalb der Obergrenze möglich. Aber das Investieren in ein Unternehmen (in dem man selber tätig sein muss) kann nur Unternehmerlohn erbringen und keinesfalls Rendite.
5. **Erweiterte Bilanzen** zur sozial und ökologisch nachhaltigen Steuerung der Unternehmen. Produktion für den Nachfragemarkt wo möglich („on demand“: z.B. Schienenfahrzeuge) und für den Angebotsmarkt wo nötig (z.B. Bekleidung). Summarische Absenkung industrieller Aktivitäten, so dass der weltweite ökologische Fußabdruck den Wert 1 nicht überschreitet.
6. Ein **Sozialsystem** mit etwa folgenden Merkmalen: Kürzere Wochenarbeitszeiten und gerechte Verteilung des Arbeitsvolumens nach o.g. Absenkung. Mindest- und Höchstlohn in einer vereinbarten Staffelung, darüber hinaus sind keine Bezüge erlaubt. Bürgerversicherung einschl. Altersvorsorge und Sozialsteuer der Unternehmen.

Die umrissenen Voraussetzungen laufen auf eine Entkapitalisierung der gesamten Gesellschaft hinaus, wie sie Dirk Löhr skizziert hat.⁵⁷ Die Investition von Geld- und Sachkapital kann nirgends mehr Rendite erbringen (und im Sinne der engen Kapitaldefinition stellen diese Werte demnach gar *kein Kapital mehr* dar!). Dies ist der Dreh- und Angelpunkt nichtkapitalistischer Marktwirtschaft. Es entstehen neue Bedingungen:

- Das Zur-Ware-machen aller Werte entfällt. Insbesondere ist Geld keine Ware mehr (man kann durch den Einsatz von Geld nicht noch mehr Geld erwirtschaften), und auch Arbeitskraft ist keine Ware mit marktabhängigem Preis (sie wird im Rahmen gesellschaftlicher Vereinbarungen vergütet).
- Private Großvermögen sind nicht mehr möglich. Die heutige Überschuldung der Gesellschaft entfällt, denn der Zusammenhang zwischen Guthaben und Kreditschuld ist überwunden. Gewinnanteile aus Wirtschaftstätigkeit, die bisher in private Renditen abfließen, stehen nun für gesellschaftliche Aufgaben zur Verfügung.
- Den kürzeren Wochenarbeitszeiten (s.o.) und mithin geringeren Einkommen stehen geringere Preise gegenüber, denn der Zinsanteil an den Preisen entfällt (z.B. bei Mieten heute oft über 50%!).

⁵⁷ Vgl. Dirk Löhr: Vollgeld – von „Allzweckwaffen“ und „blinden Flecken“, *Humane Wirtschaft* 02/2011, S. 27, 31.

3.1.2 Marktbasierte Verteilungsprozesse im nichtkapitalistischen System

Innerhalb der solchermaßen entkapitalisierten Gesellschaft realisieren sich die Einkommen nach wie vor über Preise am Markt. Die Verteilung ist aber nun gekennzeichnet durch:

- Kein Verdrängungswettbewerb der Unternehmen (der Wachstumszwang infolge Kapitalakkumulation entfällt), lediglich Selektion nicht marktgerechter Unternehmen.
- Vermeiden prekärer Einkommenssituationen durch angemessenen Mindestlohn oder in Ausnahmefällen Sozialleistungen/Grundeinkommen.
- Keine Tendenz zu Marktsättigung und Auftragsrückgang mit der Folge Unterbezahlung oder Massenarbeitslosigkeit. Bei Neuordnung der Eigentums- und Einkommensverhältnisse im dargelegten Sinne entstehen ungesättigte Märkte auf Jahrzehnte: Endlich für alle Menschen Zugang zu Nahrung, Trinkwasser, medizinischer Versorgung usw.

3.1.3 Neue marktwirtschaftliche Elemente

Wie gegenwärtig wird der Staat auch in einer nichtkapitalistischen Marktwirtschaft eine regulierende Rechtsordnung schaffen, welche die Wirtschaftstätigkeit nun aber neben ökonomischer Nachhaltigkeit konsequent unter die Gesichtspunkte *ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit* stellt, anstatt wie bisher unter die Gesichtspunkte der Kapitalverwertung.

Bisherige marktwirtschaftliche Konzepte wie etwa der Ordoliberalismus sind dabei nicht ausreichend. Allein schon die o.g. Eingriffe in die Eigentums- und Einkommensverhältnisse gehen über ordoliberale Vorgaben hinaus, erstreckt die Notwendigkeit ökologischer Konsolidierung. Die künftige Ökonomie wird *ökologischen Restriktionen* unterliegen müssen. Damit bestehen völlig neue Anforderungen wirtschaftlicher Regulierung. Es geht um die summarische Absenkung industrieller Aktivitäten (bei gleichzeitigem Aufholen heute unterprivilegierter Staaten und Schichten) – eine Absenkung in jeweils dem Maße, wie effektivere und konsistentere Technologien die Einhaltung des ökologischen Fußabdrucks von 1 nicht gewährleisten können. Für diese neuen Anforderungen müssen neue marktwirtschaftliche Elemente entwickelt und erprobt werden.

3.2 Jenseits von Markt und Marktwirtschaft

Eine andere (und zu 3.1 im strikten Gegensatz befindliche!) Auffassung hält den Begriff Marktwirtschaft für ein bloßes Synonym von Kapitalismus. Robert Kurz spricht von der „allgemeinen Marktwirtschaft, die nur als Realisationssphäre des Kapitals existieren kann“.⁵⁸ Die Überwindung des kapitalistischen Systems muss in dieser Auffassung also die Überwindung von Marktwirtschaft mit umfassen. Dabei wird sich in Wahrheit einer der beiden Aspekte von Marktwirtschaft gar nicht überwinden lassen (vgl. 2.2.2): nämlich die Allokation und Verteilung öffentlicher Güter durch politische Entscheidungen. Aber es geht in dieser Auffassung um den anderen Aspekt: die Allokation und Verteilung individueller Güter durch Marktpreise – und dieser Aspekt soll entfallen.

In der Endkonsequenz gibt es dann weder Markt noch Ware, die warenförmige Reproduktion ist aufgehoben. Einkommensbildung und Unternehmensfinanzierung sind nicht mehr vom Markterfolg abhängig und die gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse somit nicht mehr marktbasiert. Ein solcher Entwurf hat institutionelle Innovationen zur Voraussetzung, die die Bedürfnisse der Menschen anhand des Bedarfes statt nach Marktangebot befriedigen. Dabei

⁵⁸ Robert Kurz: Antiökonomie und Antipolitik... [www.opentheory.org/keimformen/text.phtml; 16.1.2015].

sind hinsichtlich der Rolle des Geldes verschiedene Ansätze möglich. Sie reichen von Geld mit veränderten Eigenschaften bis zur vollständigen Entmonetarisierung.

3.2.1 Bedarfswirtschaft mit Geld als Information zur Zahlungsfähigkeit

Das Wirtschaftsprinzip der „Sozialen Bedarfswirtschaft“ weicht vollständig vom Marktwirtschaftsprinzip der umsatzabhängigen Einkommensbildung und Wirtschafts- bzw. Staatsfinanzierung ab. Es geht konsequent von einer realwirtschaftlichen Bedarfsdeckung bei Einhaltung ökologischer Effizienz aus, ist ein volkswirtschaftliches, kein betriebswirtschaftliches Prinzip und korrigiert die folgenden wesentlichen Kriterien einer kapitalbasierten Marktwirtschaft:

- Beseitigung der Kapitalfunktion am Geld
- Überwindung der Marktwirtschaft auf Basis Warenproduktion
- Auslagern der Wirtschaftsfinanzierung und Einkommensbildung aus den Reproduktionszyklen
- Befreiung des menschlichen Faktors „Arbeit“ als Kostenfaktor in den Preisen
- Staatsfinanzierung ohne Umverteilungssysteme (Steuern, Kranken-/Rentensysteme, soziale Absicherung)

Die Einkommensbildung beruht auf einem Gesellschaftsvertrag zwischen den Bürgern und ihrem Staat. Banken beliebiger Eigentumsformen werden durch den Staat legitimiert, gegen einen geeigneten Nachweis gesellschaftlich nützlicher Tätigkeit jeden Monat ein Kontokorrentkonto aufzufüllen. In den Staaten der Erde werden in den Verfassungen die Rechte und Pflichten der Bürger hinsichtlich des Gesellschaftsvertrages verankert. Die staatlich legitimierte Kontokorrentbeziehung agiert als „Arbeit gegen Einkommen“ und ist kein Kreditkonto! Andere Einkommensarten sind ausgeschlossen.

Allen Institutionen mit gewerblichen Aktivitäten, staatlichen und gesellschaftlichen Aufgaben stehen bei den Geschäftskundenbanken grundsätzlich Kontokorrentrahmen zu. Wird ein Unternehmen als gesellschaftlich nützlich bestätigt, werden seine laufenden Kosten und Investitionen in beliebiger Höhe und ausschließlich kontokorrentfinanziert. Eigen- oder Fremdkapital gibt es nicht mehr.

Einkommensbildung und Wirtschaftsfinanzierung in der Gesellschaft sind somit nicht mehr an die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eines Arbeitgebers oder eines Staates gebunden.

Geld tritt nur noch bargeldlos als Information in den Konten der Banken auf und vermittelt die Bedarfsbefriedigung. Geld informiert lediglich über die Zahlungsfähigkeit, läuft aber nicht mehr um! Geldeingang bei Privat bedeutet Konsumtionsfähigkeit, kann kumulieren ohne Verzinsung, dient aber nicht mehr der Kreditausreichung. Geldeinnahmen der Wirtschaft können kumulieren auf der Einnahmenseite des Kontokorrentkontos als Information zur Nachfragerelevanz des Kontoinhabers, dienen aber nicht mehr seiner Ausgabenbegleichung. Diese wird ausschließlich als Kontokorrentguthaben aufgebucht. Geld als Information ist automatisch Weltgeld für alle Staaten, muss materiell nicht gesichert sein (Wegfall von Inflation und Deflation) und kann sich von realwirtschaftlichen Prozessen nicht verselbstständigen.

Wenn ein Wirtschaftssystem darauf aufbaut, dass Menschen volkswirtschaftlich relevante Aufgaben aus ihrem arbeitsteiligen Alltag ableiten und zur Lösung einfach nur das nötige materielle und personelle Aufkommen organisieren müssen, dann sind sie auf neue Art kreativ und ganz anders mit den Zielen der Gesellschaft in einer globalisierten Welt verbunden. Da es finanzielle Schranken nicht mehr gibt, können die realwirtschaftlichen Prozesse als direktes Interesse begriffen werden. Das hat zur Folge, dass auf der ganzen Erde Investitionen unabhängig von der ökonomischen Situation einzelner Staaten sinnvoll sind, sofern die

personellen und materiellen Voraussetzungen nachgewiesen werden. Die global vernetzte Menschheit organisiert sich ihre Bedarfsdeckung weltweit und beseitigt somit nachhaltig globale Arbeitslosigkeit, da jede Form von für eine Gesellschaft nützlicher Tätigkeit als einkommensfähig im nichtprekären Niveau anerkannt werden kann.

3.2.2 Entmonetarisierung

Unter Entmonetarisierung wird das Zurückdrängen der Rolle des Geldes bzw. die Befreiung vom Geldwert verstanden, in der Endkonsequenz seine Abschaffung. Geld ist heute Dreh- und Angelpunkt der meisten gesellschaftlichen Vorgänge. Diese verlangen Geldeinkommen beim Verbraucher, Steuern und andere Geldeinnahmen beim Staat, Geldmittel/Kapital beim Produzenten. Wenn sich das grundsätzlich ändern soll, sind langfristig sehr weitreichende Veränderungen erforderlich:⁵⁹

1. Eine neue Werteorientierung innerhalb der Gesellschaft, welche Armut, Ausgrenzung, Neid, Hass und Gewalt überwindet und sich an gesellschaftlich solidarischen und prinzipiell kollektiven Werten orientiert.
2. Eine gesellschaftliche Übereinkunft zur Definition eines Universalen Lebensstandards ohne existentielle Nöte für alle Bewohner des Planeten. Die Elemente des Universalen Lebensstandards – Güter und Dienstleistungen – gehören zum Gemeingut.
3. Das Gemeingut wird vom Geldwert abgekoppelt und von der Gesellschaft den Menschen unentgeltlich zum Gebrauch oder Genuss zur Verfügung gestellt. Eine Entlohnung der dafür benötigten Arbeitskraft im monetären Sinne findet nicht statt, ist doch der Gegenwert eines individuellen Arbeitsbeitrages der universale (sehr hohe) Lebensstandard der Gesamtgesellschaft.
4. Die vergesellschaftete Produktion von Gütern und Dienstleistungen benötigt kein Geld; Geld an sich ist kein Produktionsfaktor wie etwa Ideen, Forschung, Ausbildung, Arbeit, Rohstoffe und Energie.
5. Grundlage der Produktion und Verteilung ist eine ökologisch vertretbare Ressourcennutzung sowie die elektronische Erhebung der (lokal unterschiedlichen) tatsächlichen Bedarfe. Unabdingbar ist dafür eine Beaufsichtigung/Registrierung des Verbrauchs (zum Beispiel kann eine Familie mit zwei Kindern nicht in einen Sofaladen gehen und fünf Sofas bestellen).

Die umrissenen Punkte führen in eine gänzlich andere Gesellschaft als die heutige, die allerdings entscheidende Bewusstseinsveränderungen zur Voraussetzung hat. Insbesondere wird vorausgesetzt:

- Ein solidarisch-kollektives Bewusstsein, welches die materielle Akkumulation zum eigenen Vorteil als falsch begreift, so dass ein vorsätzlicher Missbrauch von gesellschaftlichen Gütern und Dienstleistungen eher unwahrscheinlich ist und eine zunehmende Limitierung des Privateigentums (im kapitalistisch-traditionellen Sinne) möglich wird.
- Die Art der Arbeit sowie Art der Ausbildung ist dem Menschen völlig freigestellt, aufgrund des solidarisch-kollektiven Weltbildes ist eine Arbeitsverweigerung des Einzelnen recht unwahrscheinlich.

Die langfristige und nachhaltige Überwindung eines auf Konkurrenz, Neid, und auf einem von materiellen Werten gesteuerten Sozialprestige ausgerichteten Gesellschaftssystems wird nur möglich, indem die Menschen schon in ihrer Grunderziehung (Kindesalter) von einer glo-

⁵⁹ Hier ansatzweise dargestellt anhand des Modells von Albert Tullio Lieberg: Der Systemwechsel – Die Gesamtgesellschaftliche Moderne GLOSMO, Barcelona/Berlin 2014

bal erneuerten Wertedefinition und einem entsprechenden Weltbild dauerhaft geprägt werden (dies ist in der heutigen globalisierten Welt nicht anders: auch heute werden die Menschen und ihre Verhaltensformen von der jeweiligen Sozialisation, Erziehung und den ihnen vermittelten entsprechenden Werten geprägt – wobei heute der materialistisch ausgelegte Individualwettbewerb im Mittelpunkt der Wertevermittlung steht). Die Erziehungsinhalte, sowohl in der Familie wie insbesondere auch in der Schule und weiterführenden Ausbildungsinstitutionen, müssen daher, was die Grundmotivation des menschlichen Handelns und die materielle bzw. ideelle Definition der zum Gemeingut zählenden Waren und Dienstleistungen anbelangt, fundamental erneuert werden.

3.3 Ansätze „von unten“

Die in 3.1 und 3.2 umrissenen Vorstellungen möchten durch Innovationen „von oben“ die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dergestalt verändern, dass die Überwindung des kapitalistischen Systems insgesamt möglich wird. Eine ganz andere Denkweise liegt den Ansätzen „von unten“ zugrunde. Sie versagen sich den herrschenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, indem sie in Keimzellen konkrete Projekte umsetzen, welche sich der Logik der Kapitalakkumulation verweigern. Selbstorganisation ist ihr entscheidendes Merkmal. Adelheid Biesecker fasst zusammen: Ein zukunftsfähige Ökonomie „baut sich von unten nach oben auf, gemäß dem Prinzip der Subsidiarität“⁶⁰ (Entfaltung der individuellen Fähigkeiten, Selbstbestimmung, Eigenverantwortung).

Das Zur-Ware-Machen von Gütern entfällt in diesen Keimzellen, indem sich deren Austausch außerhalb der Geld- und Marktwirtschaft vollzieht. Lohnarbeit, Warenproduktion und Äquivalenztasch werden also umgangen; sie gelten in dieser Auffassung als „Kernstrukturen des kapitalistischen Systems“ und verkörpern „seine Herrschaftsverhältnisse“.⁶¹ Die bereits heute praktizierten Möglichkeiten sind vielfältig: Tauschringe, Gemeinschaftsgärten, Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, freie Software usw. Eine „Ausdehnung der Gemeingüter (,commoning‘) ist das Ziel – auch in der Sphäre der Produktion“.⁶²

Stellvertretend hier drei wesentliche Ausprägungen, in denen Nonprofit-Orientierung, Selbstorganisation und solidarisches Wirtschaften vorherrschen; die Trennung von Produzent und Konsument ist dabei überwunden:

3.3.1 Subsistenzwirtschaft

Subsistenzwirtschaft meint Produktion für den eigenen Bedarf (lat. *subsistentia*: „Bestand, Realität“). Damit verbindet sich oft das Vorurteil von Selbstversorgungswirtschaft auf vorindustriellem Niveau. Doch die „Funktion der Subsistenz ist weder an die nomadische noch an die bäuerliche Existenzweise gebunden, sondern an die eigentliche Wortbedeutung, das Standhalten“.⁶³ Und so spricht man heute von der städtischen, der urbanen Subsistenz. Sie umfasst sowohl individuelle Eigentätigkeit (Reparatur von Konsumgütern, Gartenbau usw.) als auch bürgerschaftliches Engagement (Ehrenamt, Selbsthilfe usw.). All das erbringt Wertschöpfung jenseits von Erwerbsarbeit und Markt. Es hat Subsistenz und Markt übrigens noch nie für sich allein gegeben. Selbst die frühe bäuerliche Selbstversorgung war immer von einem gewissen Maß an Marktbeziehungen begleitet.

⁶⁰ Wie viel Markt vertragen Demokratie und Sozialstaat? taz 30.07.2005.

⁶¹ So z.B. Andreas Exner, Brigitte Kratzwald: Solidarische Ökonomie & Commons, Mandelbaum Verlag, Wien 2012, S.9.

⁶² Matthias Schmelzer, Alexis Passadakis: ATTAC BasisText 36 „Postwachstum“, VSA 2011, S.74f.

⁶³ Daniel Dahm, Gerhard Scherhorn: Urbane Subsistenz, Oekom Verlag, München 2008, S.16.

3.3.2 Commons

Commons (engl. *common*: „gemein(sam)“) sind von der „Gemeinschaft geteilte Werte oder Interessensgegenstände. [...] ‚Commons‘ bezieht sich auf alles, was zum Erhalt derer beiträgt, die eine Identität teilen: Biodiversität, Land, Wasser, Handlungswissen, (Transport-)Netzwerke, Sprache oder kulturelle Rituale. Ohne diese Gemeingüter gibt es keinen sozialen Zusammenhalt, keine Gemeinschaft“.⁶⁴ Der Begriff Commons bezeichnet dabei weniger das konkrete Gemeingut (etwa einen Fischteich), sondern mehr die soziale Beziehung zwischen Gemeingut und Gemeinschaft: es geht also vor allem um den gemeinsamen Umgang mit den Gemeingütern. Wichtig sind demnach Regeln und Entscheidungsstrukturen. Letztere sind nicht mehr auf eine Administration „von oben“ zugeschnitten, vielmehr wachsen sie „von unten“; dabei entstehen naturgemäß andere Strukturen als die bisher üblichen.

Die Tätigkeit der Nutzung und des Erhalts von Commons wird *Commoning* genannt (auf Deutsch etwa: „sich kümmern“). Elinor Ostrom hat für das Commoning sieben Bauprinzipien langlebiger Allmenderessourcen entworfen, welche vor allem klare Verhältnisse fordern. So lautet gleich das erste Prinzip: Die Nutzungsberechtigten wie auch die Grenzen der Allmenderessourcen selbst müssen durch klar definierte Grenzen bestimmt sein,⁶⁵ d.h. es muss geregelt sein, wer welche Rechte an der Ressource hat und wer nicht.

Die Beispiele für Commons sind vielfältig. Christian Siefkes nennt als „Gemeingüter der Gegenwart“ vor allem den Pool der Freie-Software-Community mit Hunderttausenden von Softwareprogrammen und ferner den Pool der Freie-Kultur-Community, dessen bislang eindrucksvollstes Ergebnis Wikipedia ist.⁶⁶ Bei den „Gemeingütern der Zukunft“ verweist er auf die commonsbasierte Peer-Produktion⁶⁷ (auf Deutsch etwa: Gemeingutfertigung durch Ebenbürtige): „Menschen beteiligen sich zum Beispiel an der Produktion eines Gutes, das sie selbst gern hätten; sie übernehmen bestimmte Aufgaben, weil sie sie gerne machen; oder sie beteiligen sich, um der Gemeinschaft etwas zurückzugeben“.⁶⁸

3.3.3 Solidarische Reproduktionsökonomie

Reproduktionsökonomie ist eine Wirtschaftsform, die sich auf die soziale und nachhaltige Reproduktion von Mensch und Natur bezieht. Sie ist eine Gegenstrategie zur herrschenden Produktionsökonomie, die von externen Investoren und deren Profitinteresse gesteuert wird (vgl. 2.3.4).

Reproduktionsökonomie soll bewirken, „dass sich Bedürfnisse und Ökonomie qualitativ entwickeln, aber nicht mehr quantitativ wachsen“.⁶⁹ Neue und sehr alte reproduktionsökonomischer Ansätze finden sich beispielweise in mehr oder weniger reiner Form beim Mietshäuser-syndikat oder in Wohnvereinen, Dorfläden, der Solidarischen Landwirtschaft sowie in Reproduktionsgenossenschaften.

⁶⁴ Silke Helfrichs und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Wem gehört die Welt? Oekom Verlag, München 2009, S.24f.

⁶⁵ Elinor Ostrom: Die Verfassung der Allmende – Jenseits von Staat und Markt, Tübingen 1999, S.117ff, [www.uni-marburg.de/fb02/makro/forschung/magkspapers/23-2010_nutzinger.pdf; 27.2.2015].

⁶⁶ Christian Siefkes: Die Commons der Zukunft. In: Silke Helfrichs und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Wem gehört die Welt?, München 2009, S.213.

⁶⁷ Ebd. S.209.

⁶⁸ Ebd. S.212.

⁶⁹ Mario Candeias: Konversion. Für eine öko-sozialistische Reproduktionsökonomie, [www.transform-network.net/de/jahrbuch/zeitschrift-072010; 1.5.2015].

Beginnend bereits im 18. Jahrhundert entstand auf der Verbraucherseite eine „ökonomische Gegenbewegung gegen den Kapitalismus, die Marx allerdings mehrfach verbal attackierte, wodurch sie bis heute ein Stiefkind der Linken blieb“.⁷⁰ Es entwickelte sich mit der Zeit eine Entscheidungsstruktur, die in der 1844 gegründeten Genossenschaft der Redlichen Pioniere von Rochdale weitgehend vollständig entfaltet war und zu einer Gemeinschaft von heute weltweit etwa 800 Mill. Mitgliedern führte.

In diesem Genossenschaftsbereich sind neben (Verbraucher-)Genossenschaften als selbstversorgenden Nutzergemeinschaften auch Produktions- oder Produktivgenossenschaften entstanden. Verbrauchergenossenschaften existieren in Form von Konsum-, Wohnungs(bau)-, Wasser- und Energiegenossenschaften sowie Genossenschaftsbanken. Ihre Mitglieder sind im Sinne des Identitätsprinzips zugleich Investoren, Auftraggeber und Abnehmer der Produkte und Leistungen dieser Einrichtungen. Durch das Nichtmitgliedergeschäft können allerdings auch Verbrauchergenossenschaften zumindest teilweise auf die Anbieterseite des kapitalistischen Marktes geraten. Produktionsgenossenschaften befinden sich weiterhin vollständig auf der Anbieterseite des kapitalistischen Marktes und sind damit der Konkurrenz aller Mitanbieter ausgesetzt, was sie dazu zwingt, über kurz oder lang deren kapitalistische Gepflogenheiten anzunehmen oder, wie die über 150-jährige Geschichte dieser Ansätze zeigt, zu scheitern.

Bleibt jedoch das Geschäft der Nutzergemeinschaften auf den Mitgliederbereich beschränkt, entsprechen sie den Grundsätzen der Reproduktionsökonomie. Die beiden (durch den Markt getrennten) ökonomischen Rollen des Individuums - die des Konsumenten und die des Produzenten - sind dann innerhalb einer Einrichtung vereint. „Konsum- oder besser Reproduktionsgenossenschaften können im Idealfall als profitfreie Räume angesehen werden, da das Genossenschaftsgesetz das einzige deutsche Gesetz ist, in dem mit § 21 ein Zinsverbot enthalten ist. Dieser Paragraph kann allerdings leider seit 1973, als der Neoliberalismus auch auf die Genossenschaften übersprang, durch die Satzung der jeweiligen Genossenschaften aufgehoben werden. Das Ende der 1899 abgelehnten Gewinnbeteiligung in Genossenschaften wurde somit wieder aufgegeben“.⁷¹ Die dadurch mögliche Dividende von 2-6% kann zu sinnlosen Ausgaben und damit sogar zur Insolvenz einer Genossenschaft führen. Gegen diese Tendenz wächst Widerstand. Z.B. wendet sich die Berliner Initiative „Genossenschaft von unten“ gegen die zunehmende Annäherung der meisten Wohnungsbau- und Baugenossenschaften an private Wohnungsunternehmen, was zu steigenden Nutzungsentgelten führt.⁷²

Ungeachtet solcher Deformationen stellen Nutzergemeinschaften wie beispielsweise Reproduktionsgenossenschaften *Keimzellen der Reproduktionsökonomie dar*. „Alle Ressourcen und die vom Menschen errichtete Infrastruktur sollten allen als Gemeingut gemeinsam gehören (ausgenommen sei – auch nach Elinor Ostrom – selbstgenutzter Raum wie beispielsweise Wohnung und Garten). Voraussetzung für gemeinsames Eigentum ist aber eine Entscheidungsstruktur, mit der Ressourcen und Infrastruktur nachhaltig genutzt und gepflegt werden können. Diese Entscheidungsstruktur setzt jedoch ein Bewusstsein der Kommunikation und der Kooperation voraus, das zunächst in geeigneten profitfreien Räumen gelernt und praktiziert werden muss. Es können daraus mit der Zeit Kommunen und Regionen von unten entstehen, die die bestehenden autoritären ökonomischen und politischen Strukturen ablösen würden. Solidarische Reproduktionsökonomie besteht im Aufbau solcher profitfreier Räume zunächst im Bereich der Daseinsvorsorge, also der Lebensmittelversorgung, dem Wohnen, des Geldverkehrs etc. als Keimzellen, die Schritt für Schritt konfluieren können. Die externen Investoren dieser Bereiche müssen durch interne Investoren – beispielsweise in Form einer

⁷⁰ Wolfgang Fabricius: Solidarische Reproduktionsökonomie, [www.reproduktionsgenossenschaften.de/Solidarwirtschaft/SoliOeko.pdf; 13.4.2015].

⁷¹ Ebd.

⁷² Vgl. www.genossenschaft-von-unten.eu/initiative.html; 13.4.2015.

über Geschäftsanteile an Genossenschaften abgesicherten Altersvorsorge – abgelöst werden. Investoren müssen dementsprechend im Sinne des konsumgenossenschaftlichen Identitätsprinzips die Nutzer werden“.⁷³ Da die Ausgaben der Privathaushalte in Deutschland im Mittel zu etwa einem Drittel, in Teilbereichen (z.B. dem Wohnen) sogar zu über zwei Drittel mit Zinsen, Dividenden, Renditen, privaten Infrastrukturkosten etc. belastet sind, erwachsen den Verbrauchern als internen Investoren letztendlich große Vorteile durch solche Strukturen. Der primäre Eigennutz solcher Nutzergemeinschaften wie beispielsweise Genossenschaften kann dadurch per Preisdumping zu sekundärem Gemeinnutz führen. Auch für die Beschäftigten dürften sich innerhalb von Nutzergemeinschaften bessere Bedingungen ergeben als auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt.

Beispiel einer solchen „gelebten Utopie“⁷⁴ ist die 1973 gegründete venezuelanische Kooperative CECOSOLA, die 55.000 Familien wöchentlich mit 450 t Obst, Gemüse und weiteren Lebensmitteln versorgt. Zur Kooperative gehören u.a. ein Beerdigungsinstitut, Läden für Haushaltgeräte und Möbel sowie seit 2009 ein eigenes Krankenhaus mit jährlich über 190.000 Behandlungen.⁷⁵ Auch aktuelle deutsche Projekte wie Dorfläden oder Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften beginnen mit der Lebensmittelversorgung, da hier die materielle Infrastruktur verhältnismäßig wenig aufwendig ist und ehrenamtliche Leistungen möglich sind (siehe dazu auch 3.3.2).

Große Zukunftschancen dürfte der Aufbau eines profitfreien „internen“ Marktes mit den Direktbeziehungen von Produzent und Konsument über Online-Portale wie beispielsweise Fairmondo haben. „Solche Online-Portale könnten die Funktion der bis 1933 existierenden Großeinkaufsgesellschaft der damaligen Konsumgenossenschaften übernehmen, indem sich kleine Unternehmen an das Portal einer großen Mitgliederrunde andocken können. Auf der anderen Seite könnten als Abnehmer die 20 Mio. deutschen, 150 Mio. europäischen oder sogar die 800 Mio. weltweiten Genossenschaftsmitglieder gewonnen werden. Um den Konsumismus zu dämpfen, könnte eine Smartphone-App entwickelt werden, die jedem ermöglicht, anhand von Daten, die über die European Article Number (EAN) aus einer noch zu errichtenden Datenbank abgerufen werden, zu ermitteln, wie stark er mit seinem Kauf seinen sozioökologischen Verbrauchsindex bzw. seinen ökologischen Fußabdruck belastet“.⁷⁶

3.4 Zusammenhänge und Schlussfolgerungen

Die überblickhafte Darstellung der verschiedenen Denkweisen und Konzepte ermöglicht eine Reihe von Schlussfolgerungen:

1. Nach Ulrich Klotz sind Innovationen „Bottom-up-Prozesse, die sich mit Top-down-Strukturen nun einmal schlecht vertragen. In den klassisch hierarchischen Organisationspyramiden – oben die Würdenträger, unten die Innovationsträger und dazwischen jede Menge Bedenkenträger – ist Loyalität wichtiger als Leistung“.⁷⁷ Mit anderen Worten: Die heutigen Kommandostrukturen in Industrie und Staat (oben entscheiden, unten ausführen) bleiben weit hinter den Möglichkeiten der Gesellschaft zurück. Künftige Entscheidungsstrukturen werden sich „von unten“ entwickeln. Ebenso klar scheint aber, dass im Ergebnis dieser Entwicklung Ver-

⁷³ Wolfgang Fabricius: Solidarische Reproduktionsökonomie, [www.reproduktionsgenossenschaften.de/Solidarwirtschaft/SoliOeko.pdf; 13.4.2015].

⁷⁴ Vgl. www.sozonline.de/2012/06/cecosola-die-gelebte-utopie-einer-kooperative/; 13.4.2015.

⁷⁵ Vgl. de.wikipedia.org/wiki/Cecosola; 13.4.2015.

⁷⁶ Wolfgang Fabricius: Solidarische Reproduktionsökonomie, [www.reproduktionsgenossenschaften.de/Solidarwirtschaft/SoliOeko.pdf; 13.4.2015].

⁷⁷ Ulrich Klotz: Arbeit ohne festen Arbeitsplatz, Computerwoche 9.1.2014.

änderungen der gesellschaftlichen Rahmbedingungen nötig sind, die Verfassungs- oder Gesetzesrang erlangen und „von oben“ das Zusammenleben der Menschen im demokratisch gewünschten Sinne regeln:

→ Ansätze „von unten“ und institutionelle Innovation „von oben“ verhalten sich offenbar nicht im Sinne von entweder/oder. Sie bedingen einander und können jeweils alleine nicht die umfassende Überwindung des kapitalistischen Systems erreichen.

2. Projekte „von unten“ spielen auf Grund ihres bewusstseinsverändernden Einflusses eine entscheidende Rolle zur Vorbereitung der Phase, in der dann institutionelle Innovationen hoffentlich gegen Kapitalinteressen durchsetzbar werden. Zugleich bedürfen auch sie der Regelung „von oben“ – bspw. um zu verhindern, dass die Summe der selbstorganisierenden Systeme mehr Ressourcen verbraucht als dies nachhaltig wäre. Auch unter diesem Gesichtspunkt sind beide Ansätze nicht alternativ sondern in ihrem Zusammenwirken zu sehen:

→ Modelle, die Innovationen „von oben“ anstreben, müssen in ihren Zielvorstellungen Freiraum für Selbstorganisation von so vielen Prozessen wie nur möglich vorsehen, anders sind sie nicht zukunftsfähig. Zugleich aber bleiben hoheitliche Aufgaben des Staates erhalten (Geld falls vorhanden, Bildung, Gesundheitswesen, ...). Selbstorganisation und Staat müssen sich ergänzen.

3. Das industrielle System steht unter dem Druck der Internet-Communities, dem es bspw. in Bereichen der freien Software schon heute nicht mehr standhält. Und in immer mehr Branchen wird der Wert von Industrieprodukten durch Software-Qualität entscheidend mitbestimmt. Der Druck auf das industrielle System wird sich nochmals erhöhen, wenn die Peer-Produktion auch in der materiellen Welt Fuß fasst. Sobald eines Tages „Maschinen selbst das Ergebnis von Peer-Produktion sind und im Rahmen selbstorganisierter Fab Labs und anderer Makerspaces („Gemeinschaftswerkstätten“) nicht nur genutzt, sondern auch selbst hergestellt und vervielfältigt werden können, wird es spannend. Denn das ermöglicht, zumindest teilweise, die Abkoppelung vom Markt“.⁷⁸ Zugleich aber wird die materielle Produktion weder verschwinden noch in allen Bereichen außerhalb des industriellen Systems stattfinden können (etwa Schienenfahrzeugbau). So ist bspw. Subsistenzwirtschaft nach Niko Paech mit regionalökonomischen Systemen ebenso kombinierbar wie mit „einem verbleibenden Rest des industriellen Systems“.⁷⁹

→ Selbstorganisierende Systeme und Reste des industriellen Systems werden wahrscheinlich gemeinsam die nichtkapitalistische Ökonomie der Zukunft bilden; dabei kann das industrielle System marktwirtschaftlich oder auch nicht-marktwirtschaftlich orientiert sein.

4. Obwohl eine völlige Ablösung der industriellen Produktion nicht zu erwarten ist, wäre aber der Rest des industriellen Systems „so umzugestalten, dass die Neuproduktion von Gütern, die viel langlebiger und reparaturfreundlicher sein müssten, eher eine untergeordnete Rolle spielt. Der Fokus läge auf dem Erhalt, der Um- und Aufwertung vorhandener Produktbestände, etwa durch Renovation, Optimierung, Nutzungsdauerverlängerung oder Nutzungsintensivierung“.⁸⁰ Keine Frage, dass hierfür institutionelle Innovationen erforderlich sind; die herrschenden Rahmenbedingungen jedenfalls vermögen solcherart Umgestaltung offensichtlich nicht zu unterstützen:

→ Für generelle Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse sind insbesondere auch solche institutionellen Innovationen nötig, die eine Entkapitalisierung der nach wie vor industriellen Bereiche wirklich durchsetzen.

⁷⁸ Christian Siefkes: Was ist Peer-Produktion?, oya 03/2010.

⁷⁹ Niko Paech: Befreiung vom Überfluss, Oekom Verlag, München 2012, S.131.

⁸⁰ Ebd.

5. Noch ein weiterer Zusammenhang wird deutlich – die Trennung von Produzent und Konsument betreffend. Diese Trennung mit aller resultierenden Entfremdung ist historisch zwar zusammen mit dem kapitalistischen System aufgekommen. Dies aber nur, weil das kapitalistische System zusammen mit der Industrialisierung aufkam. Die Trennung ist primär eine Folge der industriellen Produktionsweise und nicht eine Folge des kapitalistischen Systems:

→ Die Trennung von Produzent und Konsument wird in einem nichtkapitalistischen System in dem Ausmaß bestehen bleiben, wie die industrielle Produktionsweise bestehen bleibt.

6. Auch für die zu erwartenden Transformationsprozesse sind einige thesenhafte Schlussfolgerungen möglich. Projekte „von unten“ brauchen lediglich die Übereinkunft der Beteiligten. Innovationen „von oben“ brauchen dagegen – demokratische Spielregeln vorausgesetzt – die Übereinkunft der gesamten Gesellschaft. Daraus folgt:

→ Modelle, welche Innovationen „von oben“ anstreben, können nichts als Leitvorstellungen sein, die einen Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs liefern. Die wirkliche Wahl des Modells obliegt der Gesellschaft und wird auf jenes Modell fallen, das die größte Akzeptanz findet. Mit anderen Worten:

→ Modelle, die Innovationen „von oben“ anstreben, sind immer auf die Akzeptanz ihrer Modell-Voraussetzungen angewiesen – und mithin auf eine Bewusstseinsveränderung gegenüber heute. Das Maß dieser Veränderung ist je nach Modell unterschiedlich groß und die Akzeptanz insofern unterschiedlich wahrscheinlich. Das gilt es bei der Modelleinschätzung zu kommentieren. Und selbstverständlich müssen die Modelle auf ihre Strategie zur Umsetzung untersucht werden. Dennoch: Es ist nicht Aufgabe der Modelleinschätzung, zu mutmaßen, *ob* die Gesellschaft die jeweiligen Modell-Voraussetzungen eines Tages vermutlich akzeptieren wird oder nicht. Vielmehr ist das widerspruchsfreie Funktionieren des Modells *unter der Annahme* zu prüfen, *dass* die Gesellschaft seine Voraussetzungen akzeptieren würde.

→ Insbesondere sind Modelle, die institutionelle Innovationen wider die Kapitalinteressen anstreben, immer nur global durchsetzbar (ganz anders als Projekte „von unten“). Nationale Alleingänge sind in Zeiten des global agierenden Kapitals nicht mehr denkbar (Kapitalflucht, Wirtschaftssanktionen, ...).

Obwohl nicht absehbar ist, ob überhaupt, wann vielleicht und wenn ja welches Modell die internationale gesellschaftliche Akzeptanz finden wird, müssen Modelle zur Durchsetzung institutioneller Innovationen durchdacht und in den öffentlichen Diskurs eingebracht werden. Die Diskussion solcher Modelle ist ein Bestandteil des bewusstseinsverändernden Prozesses wie Projekte „von unten“ ebenso.

4. Einschätzung von Alternativ-Modellen

Es gibt im öffentlichen Diskurs eine Vielzahl von Gesellschaftsmodellen und -Entwürfen, die als zukunftsfähig begriffen werden und mit denen eine nachkapitalistische Gesellschaftsformation angestrebt werden soll. Doch werden die damit verbundenen Anforderungen von den Alternativmodellen überhaupt erfüllt? Hier im Kapitel 4 wird eine Methode vorgestellt, mit der sich das ermitteln lässt.

Grundlage ist eine verbale Kurzbeschreibung des jeweiligen Modells nach immer gleicher Gliederungsvorgabe. Auf diese Kurzbeschreibung wird dann ein immer gleicher Satz von Leitfragen angewandt, der das Modell unter verschiedenen Aspekten befragt. Anhand des Verfahrens wird deutlich, dass das Ergebnis keinesfalls objektiv sein kann – und dies gleich aus drei Gründen: Bereits die verbale Kurzbeschreibung stellt notwendigerweise ein subjektiv gefärbtes Ergebnis dar (ein Anderer hätte das Modell vielleicht anders beschrieben). Auch die Antworten auf die Leitfragen können nicht frei von subjektiven Einflüssen sein (ein Anderer hätte die Fragen an das Modell vielleicht anders beantwortet). Und schließlich sind auch die Leitfragen selbst nicht objektiv sondern das Ergebnis von Überlegungen der AG-Mitglieder (Andere hätten die Leitfragen vielleicht anders formuliert). Kann ein derart subjektives Ergebnis überhaupt nützlich sein?

Wir meinen ja! Denn es gibt offensichtlich keine Möglichkeit, ein vorliegendes Modell absolut objektiv zu beurteilen. Dennoch müssen wir uns so gut es geht ein Bild machen (in Wahrheit macht sich auch jeder eines auf seine Weise, wenn er etwas über ein Gesellschaftsmodell liest – und ohne nach Objektivität zu fragen). Obendrein möchte man vielleicht mehrere solche Modelle dann auch vergleichen. Doch gerade dafür ist ein immer gleicher Satz von Leitfragen unerlässlich. Und wenn die Leitfragen so formuliert sind, dass sich bei Schlüsselfragen (z.B. ob das Modell private Profitaneignung vorsieht oder nicht) wenig Spielraum für subjektiv gefärbte Antworten ergibt, dann sollte doch ein einigermaßen verlässliches Bild des Modells entstehen. Die hier beschriebene Methode stellt also immerhin ein besseres Instrument dar als gar keine Methode.

Speziell für die Akademie Solidarische Ökonomie ergibt sich damit die Möglichkeit, eine Sammlung von Einschätzungen zu alternativen Gesellschaftsmodellen anzulegen. Allein schon die Kurzbeschreibung zwingt zur systematischen Auseinandersetzung mit Alternativmodellen und ermöglicht anderen Akademie-Mitgliedern, diese dann unter vertretbarem Zeitaufwand kennenzulernen. Damit lässt sich der Kenntnisstand zum öffentlichen Diskurs verbessern, was ein akademisches Ziel sein sollte. Insbesondere kann man auf diese Weise einen Überblick gewinnen, welche Alternativmodelle wirklich über das Potenzial zur Kapitalismus-Überwindung verfügen (und damit dem Selbstverständnis solidarischer Ökonomie entsprechen!) – und welche Modelle im Gegenteil lediglich Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems anstreben.

4.1 Kurzbeschreibung

Für das Anfertigen der Kurzbeschreibung formiert sich je Modell ein Team (z.B. zwei oder drei Leute). Das Team bittet den Modell-Autor um die Anfertigung der Kurzbeschreibung und diskutiert mit ihm das Ergebnis (inhaltliche Nachfragen, Verständlichkeit, Missverständnisse). Kann der Autor das nicht leisten, fertigt das Team die Kurzbeschreibung an und diskutiert das Ergebnis mit dem Autor. Ist auch das nicht möglich, übernimmt ein Team-Mitglied mit guter Modell-Kennntnis die Rolle des Autors.

In jedem Fall entsteht die Kurzbeschreibung durch Teamarbeit bei jeweils so viel Modell-Kompetenz wie möglich. Selbstverständlich wird das Ergebnis dann innerhalb einer AG (bei Wunsch auch innerhalb der Akademie) diskutiert und nochmals abgeglichen.

Die Kurzbeschreibung wird nach einer immer gleichen Gliederung angefertigt:

- **Zielbeschreibung:** Was will das Modell überhaupt erreichen?
- **Problemanalyse:** Welche zu überwindenden Probleme erkennt das Modell, worin sieht es die Ursachen bestehender Fehlentwicklungen (schon in diesem Ansatz unterscheiden sich die Modelle grundlegend)?
- **Prinzipielle Lösungsansätze:** Auf welchen ethischen und sozioökonomischen Grundlagen baut die Problemlösung des Modells auf? Welche Wege will es dabei gehen (z.B. Marktwirtschaft, keine Marktwirtschaft, ...)?
- **Exemplarische Handlungsfelder:** Welche konkreten Umsetzungs-Vorstellungen werden zum Zielsystem formuliert?
- **Bedingungen zur Zielerreichung:** Welchen Prozess in Richtung Ziel stellt sich das Modell vor?

Die Kurzbeschreibung sollte fünf bis sechs A4-Seiten nicht überschreiten. Gemeint ist nicht eine tiefgründige Beschreibung des Modells und all seiner Details, sondern ein kompakter und gut handhabbarer Text ähnlich einer Buch-Rezension, der die wesentlichen Elemente des Modells darstellt. Insbesondere sollte die Kurzbeschreibung Auskunft zu in den Leitfragen angesprochenen Aspekten geben.

4.2 Leitfragen

Das gleiche Team, welches die Kurzbeschreibung anfertigt, beantwortet auch die Leitfragen zum Alternativmodell in wiederum gleicher Vorgehensweise. Somit erfolgt auch die Beantwortung der Leitfragen abgestimmt im Team und bei so viel Modell-Kompetenz wie möglich.

Die vorformulierten Leitfragen sind in 4.2.2 dargestellt. Es handelt sich um insgesamt 15 Fragen, welche die Aspekte

- **Kapitalismus-Überwindung,**
- **Zukunftsfähigkeit,**
- **Mensch, Bewusstsein, Transformation** und
- **Fazit**

umfassen. Jeder Leitfrage ist kursiv ein kurzer Text beigegeben, welcher eine Antwort im Hinblick auf den Status Quo des herrschenden Systems gibt. Dazu im Gegensatz formuliert das Team die Antwort im Hinblick auf das Alternativmodell. Die Formulierung erfolgt verbal beschreibend. Es soll deutlich werden, welche Antworten das Alternativmodell auf die abgefragten Sachverhalte zu geben (oder nicht zu geben) vermag und welche Wege es dabei beschreitet.

Zusätzlich zur verbalen Beschreibung kommt je Leitfrage noch eine Punkt-Bewertung hinzu. Sie schätzt in Ziffern den Grad ein, mit dem sich das Vorgehen des Alternativmodells von heute gängigen Gegebenheiten unterscheidet: 1 wenig, 2 mittel, 3 stark (dies liefert Hinweise auf das Ausmaß notwendiger Bewusstseins- und Gewohnheitsänderungen).

Nach Beantwortung der 15 Leitfragen formuliert das Team noch ein Fazit als kompakte Grundeinschätzung: Vermag das betrachtete Alternativmodell das kapitalistische System zu

überwinden? Welche Wahrscheinlichkeit besteht für die notwendige Transformation? Was für Vor- und Nachteile sind auf Grund des eingeschlagenen Weges zu erwarten? Dabei werden insbesondere 6 vorgegebene Schlüsselfragen zur Überwindung des kapitalistischen Systems mit ja/nein beantwortet.

4.2.1 Zur Form der Leitfragen

Ausführlich wurde die Frage untersucht, in welcher Form die Leitfragen optimal zu formulieren wären.

Ursprünglich bestand das Ziel, die Leitfragen so zu stellen, dass sie sämtlich mit ja/nein bzw. mit Punkten von 0 bis 9 zu beantworten gingen. Die Ergebnisse wären dann leichter lesbar als im Falle einer verbalen Beschreibung. Auch ließen sich anhand der erreichten Punkte Aussagen zur Güte des Modells machen. Und insbes. wären die verschiedenen Modelle hinsichtlich ihrer Ergebnisse dann direkt vergleichbar und in Datenbanken unmittelbar auszuwerten.

Erstens erfährt allerdings die scheinbar objektive Punkt-Bewertung der Modell-Qualität erhebliche Einschränkung durch die oben dargelegt unvermeidlich subjektiven Einschätzungen in Kurzbeschreibung und Leitfragen. Und zweitens haben Testläufe zu unerwarteten Schwierigkeiten geführt: Die ganz unterschiedlichen Wege der Modelle (mal mit Marktwirtschaft, mal ohne, mal mit Tauschmittelfunktion bei Geld, mal ohne, ...) machen eine strikte Vergleichbarkeit nach Punkten schwer möglich. Beispiel: Fragt man, ob im Alternativmodell Geld überwunden sei, erhalten Modelle mit Geld eine Nein-Bewertung, was in Summe natürlich die Punktzahl senkt. Fragt man danach aber nicht, wird man jenen Modellen nicht gerecht, die Entmonetarisierung anstreben. Die auf solche Weise ermittelbaren Punktzahlen hängen deutlich vom Weg des Modells ab und können gar nichts über seine Qualität hinsichtlich der Kapitalismus-Überwindung aussagen! Hinzu kommt drittens noch eine weitere Schwierigkeit: Um den ganz verschiedenen Ansätzen der Modelle gerecht zu werden (die man vorab gar nicht alle kennen kann), müsste eine immense Anzahl expliziter Ja/nein-Fragen vorformuliert werden.

Im Ergebnis hat sich die AG zunächst zu den beschriebenen verbalen Antworten auf Leitfragen geeinigt. Auch diese Form ermöglicht durch Lesen nur weniger Seiten immerhin einen einschätzenden Vergleich von Modellen. Sie gestatten aber zugleich, dass das Modell seinen Weg von sich aus beschreibt, ohne dass dieser Weg in vorformulierten Ja/nein-Fragen bereits vorgedacht sein müsste.

4.2.2 Satz der Leitfragen

Nachfolgend wird der komplette Satz der je Modell zu beantwortenden Leitfragen aufgeführt:

Leitfragen zur Modelleinschätzung: ...

ausgefüllt durch: ...

Unter ‚Alternativmodell‘ wird die verbale Antwort je Leitfrage eingetragen.

Die zusätzliche ‚Bewertung‘ schätzt in Ziffern den Grad ein, mit dem sich die Antwort von heute gängigen Gegebenheiten unterscheidet: 1 wenig, 2 mittel, 3 stark (dies liefert Hinweise auf das Ausmaß notwendiger Bewusstseins- und Gewohnheitsänderungen).

Teil 1: Fragen zur Kapitalismus-Überwindung

1. Grundmerkmale der Wirtschaftsweise

Was ist Dreh- und Angelpunkt der Wirtschaftstätigkeit und was sind die Leitprinzipien? Wie sehen die Verteilungsverhältnisse aus?

Status Quo: Der Konsum des zahlungsfähigen Teils der Gesellschaft sowie die Vermögensvermehrung durch Finanzprodukte stehen im Mittelpunkt der Wirtschaftstätigkeit. Dabei erfolgt der Einsatz von Kapital in allen seinen Formen zum Zwecke der Kapitalverwertung (Vermehrung des vorgeschossenen Kapitals durch Vereinnahmung des Mehrwerts) und Kapitalakkumulation (Erweiterung des Kapitals durch erneute Reinvestition). Rendite und Privatisierung bilden die Leitprinzipien. Die Verteilungsverhältnisse sind marktbasierend.

Alternativmodell: ...

Bewertung: ...

2. Eigentumsverhältnisse

Welche Eigentumsverhältnisse bestehen und welche sind vorherrschend? Wem gehören die Gemeingüter (Grund, Boden, Wald und Seen und Ressourcen im weitesten Sinne)?

Status Quo: Dominanz von Privateigentum an Produktionsmitteln zum Zwecke der privaten Vereinnahmung des Mehrwerts durch die Kapitaleigner. Auch genossenschaftliches und staatliches Eigentum sind möglich. Gemeingüter (bis hin zu etwa Saatgut-Patenten, Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge) sind weitgehend privatisiert. Der Mehrwert aus ihrer Nutzung fließt an Privat (ökonomische Renten) und geht somit der Gesellschaft verloren. Privates Eigentum ist durch das herrschende Rechtssystem umfassend abgesichert.

Alternativmodell: ...

Bewertung: ...

3. Geld

Welche Funktion erfüllt Geld? Wie entsteht Geld und wie gelangt es in Umlauf?

Status Quo: Geld existiert als Bargeld sowie Buchgeld auf Bankkonten. Es erfüllt eine Tauschmittel-, Wertmaßstab-, und Wertaufbewahrungsfunktion. Hinzu kommt die Kapitalfunktion: Aus Geld wird Geldkapital, wenn es zum Zwecke seiner Vermehrung investiert wird. Der Kapitaleigner erzielt dann Einkommen über den Nettokapitaleinsatz hinaus. Bargeld wird von der Zentralbank geschöpft. Buchgeld wird von den Geschäftsbanken geschaffen und gelangt per Kredit in den Umlauf.

Alternativmodell: ...

Bewertung: ...

4. Finanzsystem

Was sind die Hauptmerkmale des Finanzsystems?

Status Quo: Das Finanzsystem ist darauf zugeschnitten, das Wachstum der Vermögen und die Allokation von Rendite suchendem Kapital optimal zu unterstützen. Private Geschäftsbanken emittieren über Kreditprozesse Buchgeld; nur Bargeld liegt in Zentralbank-Hoheit. Im Konglomerat der Finanzindustrie agieren private, staatliche und genossenschaftliche Banken, Versicherungen, Börsen und Fonds global unter nur noch minimalen Finanzmarktregeln. Einkommen erzielen sie aus Zinsprozessen sowie spekulativen Geldgeschäften.

Alternativmodell: ...

Bewertung: ...

5. Einkommensformen

Aus welchen Mitteln finanzieren die Mitglieder der Gesellschaft ihren Unterhalt? Gibt es gesetzliche Beschränkungen für Einkommen und Vermögen?

Status Quo: Die Einkommensbildung resultiert aus Marktumsätzen. Einkommen umfasst Löhne und Gehälter, Renditen, Boni, Gebühren, Honorare, Ausschüttungen, Vererbungen, Schenkungen usw. Keine gesetzliche Beschränkung bei der Höhe von Einkommen und Vermögen. Erwerbsarbeit überwiegend im Vollzeitmodell, keine gerechte Verteilung der Erwerbsmöglichkeiten über die ganze Gesellschaft. Renten und Sozialzuschüsse aus sozialen Sicherungssystemen. Diese sind teils kapital- und teils beitragsbasiert. Keine gerechte Verteilung der Steuer- und Beitragslast zum Nachteil von Menschen mit geringem Einkommen.

Alternativmodell: ...

Bewertung: ...

6. Finanzierung des Staates

Aus welchen Mitteln finanziert der Staat seine Aufgaben?

Status Quo: Der Staat erhält Einkommen über Steuern, Abgaben und Gebühren. Darüber hinaus Finanzierung über Kredite (Staatsverschuldung), z.T. auch über fragwürdige Zentralbankmaßnahmen (z.B. Aufkauf wertloser Staatsanleihen).

Alternativmodell: ...

Bewertung: ...

7. Unternehmensfinanzierung

Aus welchen Mitteln finanzieren die Unternehmen ihre Produktion?

Status Quo: Über Fremdkapital (Bankkredite), Eigenkapital (intern: Unternehmeranteile, extern: Aktien), Staatsfinanzierung, Sponsoring, Fördermittel, Subventionen.

Alternativmodell: ...

Bewertung: ...

8. Grundmerkmale des sozioökonomischen Systems

Woran richten sich die sozioökonomischen Belange der Gesellschaftsformation insgesamt aus? Wie ist die gesellschaftliche Arbeitsteilung organisiert? Wie erfolgt die gesellschaftliche Bedarfsdeckung?

Status Quo: Zusammen mit Eigentumsordnung, Finanzsystem, regulierender Rechtsordnung sowie Bereitstellung öffentlicher Güter wird aus der kapitalistischen Wirtschaftsweise die kapitalistische Gesellschaftsformation, die heute als marktwirtschaftliche Ordnung ausgeprägt ist. Die Marktregeln richten die Gesamtheit aller sozialen und ökonomischen Belange an der Logik der Kapitalakkumulation aus, so dass die Menschen den Kapitalinteressen dienen – nicht aber umgekehrt. Zur Bedarfsdeckung besteht ein Überangebot am Markt.

Alternativmodell: ...

Bewertung: ...

Teil 2: Fragen zur Zukunftsfähigkeit

9. Wirtschaftswachstum

Vermag das Alternativmodell den Wirtschaftswachstums-Zwang zu überwinden und wodurch?

Status Quo: Wirtschaftswachstum ist die unvermeidbare Kehrseite der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Denn das im ersten Schritt vermehrt zurückgeflossene Kapital (Kapitalverwertung) soll im zweiten Schritt erneut investiert werden (Kapitalakkumulation), d.h. es ist die Investition in entsprechend vermehrte Wirtschaftstätigkeit nötig. Somit besteht ein Zwang zu

Wirtschaftswachstum. Der Wachstumszwang wird in Unternehmen und Volkswirtschaften nach innen durch Innovation und Effektivitätssteigerungen umgesetzt (Folge: Zeit- und Leistungsdruck) und nach außen durch Erobern neuer Märkte (Folge: Verdrängungswettbewerb). Dabei kommt es zur Globalisierung als Entgrenzung von Politik, Ökonomie und Gesellschaft.

Alternativmodell: ...

Bewertung: ...

10. Militärische Gefahr

Sind im Alternativmodell die Ursachen für Wettrüsten und militärisches Erobern neuer Märkte ausgeschaltet?

Status Quo: Starke militärisch-industrielle Komplexe erzwingen Wettrüsten aus Profitgründen. Folge: das heute vorhandene Nuklearpotenzial hat die Waffenwirkung von 2.500 Zweiten Weltkrieg: irrsinnige Fähigkeit zur Mehrfachvernichtung der Menschheit. Derzeit keine Abrüstungsschritte sondern umfassende Modernisierung der Waffenarsenale. Immer wieder militärische und paramilitärische Aktionen zur Destabilisierung von Regionen mit dem Ziel, Zugriff auf weitere Ressourcen und Märkten zu erlangen.

Alternativmodell: ...

Bewertung: ...

11. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit

Wirtschaftet die alternative Gesellschaftsformation nachhaltig? Werden die heutigen Armutsregionen in die wirtschaftliche Entwicklung einbezogen? Auf welche Weise werden weltweiter Ressourcenverbrauch sowie Schadstoffemission gemessen und nachhaltiges Wirtschaften sichergestellt?

Status Quo: Das herrschende System ist nicht nachhaltig: Zunehmende Ungleichverteilung durch Kapitalakkumulation (Folge: Armut, mangelnde Bildung, Radikalisierung,...). Zunehmende ökologische Belastung durch Wachstumszwang (Folge: Störungen des Ökosystems, Ernährungsunsicherheit, ...). Nachhaltigkeitsziele werden zwar formuliert (z.B. UN-Richtlinie für Wirtschaft und Menschenrechte), sie sind aber den Finanzziele der Unternehmen nachgeordnet und oft unverbindlich. Auch bestehen Anreize zur sozialen Unternehmensführung (z.B. Subventionen für die Beschäftigung von Behinderten) und zu ökologisch nachhaltiger Produktion (z.B. Emissionszertifikate), doch unter Lobbyeinfluss verpuffen diese oft wirkungslos. Entscheidendes Steuerinstrument der Unternehmen ist vielmehr die Finanzbilanz.

Alternativmodell: ...

Bewertung: ...

Teil 3: Fragen zu Mensch, Bewusstsein und Transformation

12. Organisationsformen und Entscheidungsstrukturen

Welche Organisationsformen und Entscheidungsstrukturen herrschen in Unternehmen und Gesellschaft vor? Wie werden die Entscheidungsstrukturen entwickelt? Gibt es Regelwerke zur Nutzung und Erhalt von Gemeingütern (Commoning)?

Status Quo: Privat- und staatskapitalistische Unternehmen sowie Verbraucher- und Produktivgenossenschaften. Tendenz zu immer längeren Wertschöpfungsketten sowie zu immer größeren Konzernen in Produktion und Handel (Machtkonzentration!). Repräsentative Demokratie unter zunehmenden Lobby-Einfluss. Keine Volkssouveränität, mangelnde demokratische Mitwirkung. Hierarchische Top-Down-Strukturen dominieren Wirtschaft und Politik, sie werden „von oben“ angewiesen. Selbstorganisierende Systeme und -Projekte nur als Nischen.

Alternativmodell: ...

Bewertung: ...

13. Wahrheitsverlust, Überwachung, Manipulation

Wie gehen die Institutionen des Staates im Alternativmodell mit der Gesellschaft um? Welche Rolle misst das Modell dem Menschen zu? Besteht eine fortdauernde Bedarfsweckung durch Werbung?

Status Quo: Der Mensch ist für das herrschende System vor allem als zahlungsfähiger Konsument interessant und wird gezielt durch suggestive Werbung manipuliert, dabei umfassende Bedarfsweckung zur Ankurbelung des Konsums. Immer öfter auch gezielte Fehlinformation in den Massenmedien zur Ermöglichung von Politik-Zielen (Irakkrieg, TTIP, ...). Immer tiefer greifende Überwachung insbes. digitaler Informationen.

Alternativmodell: ...

Bewertung: ...

14. Menschenbild

Welche kulturellen und ethischen Grundlagen bestehen im Alternativmodell?

Status Quo: Gegenseitige Konkurrenz und Konsum-Überbietung der Individuen zum Zwecke der Status-Präsentation. Folge für das Individuum: immer weniger Zeit und soziale Vereinzelung. Folge für die Gesellschaft: kulturelle Wachstumstreiber. Die bestehenden Rahmenbedingungen fördern und fordern den Egoismus des Einzelnen. Der aggressive Verdrängungswettbewerb marktradikaler Ökonomie wird als „naturegebener Kampf ums Dasein“ auf die Individuen übertragen.

Alternativmodell: ...

Bewertung: ...

15. Transformation

Wie sollen die Zielvorstellungen des Modells erreicht werden? Welche Triebkräfte bestehen dabei? Umfasst die angestrebte Transformation die lokale, nationale oder internationale Ebene?

Status Quo: Fortdauernder Wandel der Systemausprägung, derzeit globaler Finanzmarktkapitalismus. Triebkraft dieses Wandels sind die großen Kapitaleigner und ihre Lobby (z.B. Kapitalmarkt-Deregulierung), sie agieren auf internationaler Ebene. Kapitalverwertung und -akkumulation bleiben bei diesem Wandel stets die grundlegenden Elemente, Rendite und Privatisierung die grundlegenden Leitprinzipien; d.h. eine Transformation im Sinne von Systemwechsel erfolgt nicht.

Alternativmodell: ...

Bewertung: ...

Teil 4: Fazit

Vermag das betrachtete Alternativmodell das kapitalistische System zu überwinden (Schlüssselfragen ja/nein sowie verbale Einschätzung):

- Ist die private Aneignung von Profit ausgeschlossen?
- Ist bei der privaten Zurverfügungstellung von Geld- und Sachwerten das Erzielen von Rendite grundsätzlich unterbunden?
- Ist die Kapitalfunktion des Geldes und damit der Handel mit Geld und Finanzprodukten in allen seinen Formen abgeschafft?
- Ist die Kapitalverwertung und -akkumulation somit vollständig unmöglich?
- Wird die private Okkupation von Gemeingütern wieder rückgängig gemacht?
- Bestehen gesetzliche Obergrenzen für Einkommen und Vermögen?

Welche Wahrscheinlichkeit besteht für die notwendige Transformation? Was für Vor- und Nachteile sind auf Grund des eingeschlagenen Weges zu erwarten?
